



SCHWEIZER SUCHTPANORAMA 2024

Mehr gefährdete Jugendliche und zu wenig Schutz – Die Gesellschaft muss jetzt handeln!

Das Schweizer Suchtpanorama 2024

Welches sind die aktuellen Konsumtrends bei Alkohol, Tabak- und Nikotinprodukten, illegalen Drogen und psychoaktiven Medikamenten? Welche Probleme manifestieren sich beim Gebrauch digitaler Medien oder beim Glücks- und Geldspiel? Das jährlich erscheinende Suchtpanorama nimmt sich dieser und weiterer Fragen an, liefert Fakten und Zahlen, stellt Zusammenhänge her und gibt Empfehlungen für politische Massnahmen.

Inhalt

Mehr gefährdete Jugendliche und zu wenig Schutz	3
Das Wichtigste in Kürze	5
Alkohol	7
Tabak- und Nikotinprodukte	12
Illegale Drogen	17
Psychoaktive Medikamente	23
Glücks- und Geldspiel	29
Online-Aktivitäten	34

Auskünfte

Sucht Schweiz



Monique Portner-Helfer
Mediensprecherin
mportner-helfer@suchtschweiz.ch
021 321 29 74



Markus Meury
Mediensprecher
mmeury@suchtschweiz.ch
021 321 29 63

SCHWEIZER SUCHTPANORAMA 2024

Mehr gefährdete Jugendliche und zu wenig Schutz – Die Gesellschaft muss jetzt handeln!

Die psychische Gesundheit der Jugendlichen und jungen Erwachsenen hat sich insgesamt verschlechtert, nicht erst seit der Corona-Pandemie. Mädchen resp. junge Frauen sind besonders davon betroffen. Gleichzeitig hat die Prävalenz des Suchtmittelkonsums unter den Jugendlichen teilweise zugenommen, teilweise bleibt sie auf einem zu hohen Niveau.

Der Anteil vulnerabler Jugendlicher ist grösser geworden und diese haben ein höheres Risiko, zu Suchtmitteln wie Nikotinprodukten zu greifen oder in die sozialen Medien zu flüchten. Sucht Schweiz stellt fest, dass der Schutz der Jugend so nicht genügt. Die Politik muss einen Gang hochschalten: Die Prävention muss verstärkt und verbessert sowie die Jugend gestärkt werden.

Der Mehrheit der Jugendlichen in der Schweiz geht es recht gut, aber der Anteil von Mädchen und Jungen mit schlechtem Wohlbefinden hat sich vergrössert. Besonders betroffen sind Mädchen im Alter von 13 und 15 Jahren. Dies ist eines der Resultate der nationalen Studie «Health Behaviour in School-aged-Children» (HBSC) von 2022 bei 11- bis 15-Jährigen.

Auch die neuen Daten der Schweizerischen Gesundheitsbefragung 2022 zeigen ein ähnliches Bild: Der Anteil von jungen Frauen zwischen 15 und 24 Jahren, die angeben, mittel oder stark psychisch belastet zu sein, ist seit 2017 von 3,9 % auf 8,7 % gestiegen. Der Anteil derer, die während der letzten 12 Monate wegen eines psychischen Problems in Behandlung waren, stieg von 7 % auf 14 %.

Die Pandemie hat sicher zu dieser Verschlechterung beigetragen, aber Studien zeigen, dass die Tendenz bereits vorher begonnen hat.

Substanzkonsum unter Jugendlichen bleibt hoch

Nach den neuen Daten der HBSC-Studie von 2022 bleibt der Substanzkonsum unter Jugendlichen hoch oder verstärkt sich gar noch in einzelnen Bereichen. So ging der Zigarettenkonsum nicht zurück, während gleichzeitig eine neue Gruppe von Jugendlichen entstand, die E-Zigaretten und Snus gebrauchen. Mädchen sind hier stärker betroffen als Jungen. Besorgniserregend ist der Anstieg des Zigaretten- und Alkoholkonsums bei den 13-Jährigen.

Die Daten zu den Online-Aktivitäten der Jugendlichen zeigen, dass im Jahr 2022 4 % der Jungen und mehr als doppelt so viele Mädchen (10 %) im Alter von 15 Jahren eine problematische Nutzung der sozialen Netzwerke hatten, was bei den Mädchen gegenüber 2018 mehr als eine Verdoppelung darstellt.

Gesundheit der Jugendlichen und Substanzkonsum

Der Konsum psychoaktiver Substanzen bei Jugendlichen wird von individuellen und Umweltfaktoren beeinflusst, die auch miteinander verbunden sind. Risikofaktoren wie Stress, schlechte Gesundheit oder starkes Produktmarketing und leichte Verfügbarkeit von psychoaktiven Substanzen erhöhen die Wahrscheinlichkeit des Konsums. Schutzfaktoren wie gute psychische Verfassung, Unterstützung und Vertrauen durch die Eltern vermindern sie. In der [HBSC-Studie](#) steht ein schlechter Gesundheitszustand und ein schlechtes psychisches Wohlbefinden sowie stark empfundener Stress in Zusammenhang mit einem häufigeren Alkohol-, Zigaretten- und E-Zigarettenkonsum. Dasselbe lässt sich auch für [Medikamente](#) «um sich zu berauschen» feststellen. Und schliesslich nutzte die Hälfte der 15-Jährigen im Jahr 2022 die [sozialen Netzwerke](#) oft, um vor negativen Gefühlen zu flüchten (im Jahr 2018 noch etwa ein Drittel).

Jetzt die Prävention verstärken!

Erfolgreiche Prävention setzt einerseits bei der Regulierung und den Umweltfaktoren an und stärkt andererseits die Individuen, um sich gesund zu verhalten. Es braucht beides, um den Substanzkonsum und problematische Verhaltensweisen bei Jugendlichen zu verhindern oder zu vermindern. Doch Faktoren wie Welt- und Umweltlage, der Druck der Sozialen Medien und die Schule sind für viele Jugendliche belastender geworden. Nun genügen die heutigen Präventionsmassnahmen offensichtlich nicht mehr. Die Situation beim Substanzkonsum und gewissen problematischen Verhalten verbessert sich nicht und bleibt beunruhigend.

Deshalb muss nun rasch gehandelt werden, und zwar auf allen Ebenen. Die Stärkung der psychischen Gesundheit kann den Substanzkonsum positiv beeinflussen, aber auch das Umgekehrte ist der Fall. Sucht Schweiz fordert als vordringlichste Massnahmen:

- **Verkaufsverbot durchsetzen:** In knapp 30 % der Fälle wird Jugendlichen in Läden und Restaurants illegal Alkohol verkauft, im Internet sind die Verkäufe noch häufiger. Die Durchsetzung muss nun endlich ernst genommen werden.
- **Nachfrage nach Substanzen senken – Werbung einschränken, Preise erhöhen:** Studien zeigen, dass ein Jugendschutz ohne Senkung der Nachfrage nicht möglich ist. Hierzu muss auch die Attraktivität von suchtgenerierenden Substanzen (und Verhalten) gesenkt werden, zum Beispiel mit einer stärkeren Einschränkung der Werbung, welche die Jugendlichen erreicht. Der Konsum solcher Substanzen darf nicht weiter die Norm sein. Nicht umsonst hat gerade die letzte [Jugendsession](#) die Einführung von neutralen Einheitspackungen für alle Nikotin- und Alkoholprodukte sowie Betäubungsmittel gefordert. Zudem sollten auch Mindestpreise eingeführt werden, denn Jugendliche sind sehr preissensibel.
- **Wissenschaftsbasierte Prävention stärken:** Die präventive Wirkung von Aufklärung in der Schule zu Substanzen und suchtgenerierenden Verhalten ist bisher kaum nachweisbar und kann je nach Thema und Alter gar kontraproduktiv sein. Es gilt nun, stärker in Präventionsprogramme zu investieren, deren Effektivität nachgewiesen wurde, und die Finanzierung der Prävention zu fördern.

- **Früherkennung und Frühintervention (F+F) stärken:** Die Daten zeigen eine Zunahme der Anzahl der Jugendlichen, denen es nicht gut geht. Es braucht deshalb mehr Ressourcen für die Früherkennung und Frühintervention in Schule oder Lehre, in der Sozialarbeit und im Gesundheitswesen. Die langen Wartezeiten für psychologische Intervention können gravierende Auswirkungen haben.
- **Stärkung der Erziehungsarbeit und der Ressourcen der Jugendlichen:** Erfahrungen und Hobbys sowie soziale Kontakte im realen Leben stärken junge Menschen. Bei der Bewältigung von Stress hilft beispielsweise das Gefühl der Selbstwirksamkeit und das Wissen, dass Angehörige für einen da sind. Eltern haben eine wichtige Rolle bei der Begleitung und Unterstützung der Jugendlichen, aber dazu brauchen sie selber auch mehr Unterstützung.

Das Wichtigste in Kürze – Gesamtbevölkerung

Alkohol

Seit 1992 ist der Anteil der Personen, die täglich Alkohol trinken, um gut die Hälfte zurückgegangen. Dafür konsumieren Männer und Frauen bei bestimmten Gelegenheiten mehr: 11 % der Frauen und 19 % der Männer betrinken sich mindestens einmal im Monat.

Obwohl der Alkohol neben Tabak aufgrund der hohen Verbreitung am meisten Schäden verursacht und die meisten Suchtbehandlungen erfordert, ist kein politischer Gestaltungswille auszumachen. Gewisse Kantone deregulieren gar.

Nötig wären präventive Massnahmen, die den heutigen Trinkmustern gerecht werden, z.B. eine zeitliche Verkaufseinschränkung während der Nacht, Mindestpreise gegen Billigalkohol oder ein Alkoholausschank-Verbot an Betrunkene.

Tabak- und Nikotinprodukte

Bei den Jugendlichen hat der Konsum von Puff-Bars eine zusätzliche Gruppe von Nikotinkonsumierenden geschaffen – der Zigarettenkonsum geht hier nicht zurück. Bei den Erwachsenen ist der leichte Rückgang des Zigarettenkonsums durch andere Nikotinprodukte kompensiert worden.

Die im Vergleich zum Ausland noch fehlenden politischen Massnahmen führen dazu, dass der Nikotinkonsum bei den Erwachsenen gleichbleibt und bei den Jugendlichen ansteigt. Es ist entscheidend, dass die vom Volk angenommene Initiative «Kinder ohne Tabak» nun vollständig und rasch umgesetzt wird.

Doch die Tabakindustrie hat die Parlamentsmehrheit in der Hand und drängt auf die Verwässerung bei der Umsetzung. Der illegitime Einfluss der Tabakindustrie auf die Gesundheitspolitik muss endlich gestoppt werden.

Cannabis und andere illegale Drogen

Die erhöhte Sichtbarkeit des Drogenkonsums im öffentlichen Raum und der zunehmende Konsum von Kokainbase (Crack oder Freebase) in bereits marginalisierten Bevölkerungsgruppen prägen die Aktualität. Die Verfügbarkeit und der Konsum von Kokain sowie der entsprechenden Probleme nehmen in der Schweiz und in Europa zu. Diese Situation erfordert ein kollektives Vorgehen, um über die Anpassung der Umsetzung der Vier-Säulen-Politik nachzudenken.

Auch der Themenbereich Cannabis ist in Bewegung. Die aktuellen Daten zeigen, dass der Cannabis-Konsum relativ stabil ist. Gleichzeitig festigt sich politisch ein Trend zu einer neuen Regulierung. In der Schweiz wird ein neues Cannabisgesetz entworfen und Pilotversuche für die legale Cannabisabgabe rollen an.

Psychoaktive Medikamente

Der gefährliche Medikamenten-Mischkonsum sowie Medikamentenmissbrauch sind unter Jugendlichen verbreitet, 12 % der 15-Jährigen haben damit schon Erfahrungen gemacht. Resultate von vertieften Untersuchungen zeigen, dass wirksame Prävention gestärkt werden muss.

Der Verkauf von potenziell abhängig machenden Schlaf- und Beruhigungsmitteln ist auf hohem Niveau stabil. Die Pandemie hat aber zu Belastungen geführt, die auch von jüngeren Menschen mit solchen Medikamenten angegangen werden.

Die Steigerung der Verkäufe von starken opioidhaltigen Schmerzmitteln war erheblich, es scheint aber, dass nun ein leichter Rückgang begonnen hat.

Glücks- und Geldspiel

Glücks- und Geldspiele werden häufig von jüngeren Menschen gespielt, mehrheitlich von Männern. Sie bergen besondere Risiken und manche verlieren die Kontrolle über ihr Spiel und die Ausgaben. Im Schnitt beträgt die Verschuldung von betroffenen Personen in der Schuldenberatung rund 88 000 Fr.

Der Anteil der online Spielenden mit problematischem Glücks- und Geldspielverhalten scheint sich innert drei Jahren verdoppelt zu haben. Und fast eine halbe Million Menschen in der Schweiz hatten im Laufe ihres Lebens Probleme mit dem Glücks- und Geldspiel. Betroffene sollten rascher erkannt und unterstützt werden.

Online-Aktivitäten

Nebst den positiven Seiten bergen Videospiele und soziale Netzwerke auch Risiken. Optisch sind sie kaum noch voneinander zu unterscheiden und sie ähneln Glücks- und Geldspielen, von denen sie einige Mechanismen übernehmen.

Dies ist kein Zufall. Diese Mechanismen verleiten dazu, viel Zeit online zu verbringen und Geld auszugeben, mit dem Risiko, die Kontrolle zu verlieren. Neue Daten weisen darauf hin, dass etwa 3 % der 15-Jährigen, die Videospiele nutzen, dies auf problematische Weise tun. Bei Social Media sind es gut 7 % der 15-Jährigen.

Die Bevölkerung und besonders Minderjährige müssen sofort und wirksam vor Mechanismen geschützt werden, die darauf abzielen, sie zu beeinflussen.

ALKOHOL



Täglicher Konsum geht zurück – das Rauschtrinken nicht

Seit 1992 ist der Anteil der Personen, die täglich Alkohol trinken, um gut die Hälfte zurückgegangen. Dafür konsumieren Männer und Frauen bei bestimmten Gelegenheiten mehr: 11 % der Frauen und 19 % der Männer betrinken sich mindestens einmal im Monat.

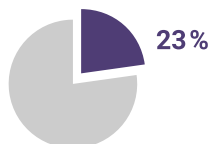
Obwohl der Alkohol neben Tabak aufgrund der hohen Verbreitung am meisten Schäden verursacht und die meisten Suchtbehandlungen erfordert, ist kein politischer Gestaltungswille auszumachen. Die Zeichen in den Kantonen stehen gar teilweise auf Deregulierung.

Nötig wären präventive Massnahmen, die den heutigen Trinkmustern gerecht werden. Eine zeitliche Verkaufseinschränkung während der Nacht, Mindestpreise gegen Billigalkohol oder ein Alkoholausschank-Verbot an Betrunkene zählen dazu.

Redaktion: Monique Portner-Helfer; Gerhard Gmel

1. Aktuelle Situation

Alkoholkonsum bei Jugendlichen nimmt nicht ab



Rauschtrinken bei 15-Jährigen

Täglicher Konsum ging zurück – doch bei sich bietenden Gelegenheiten wird mehr getrunken.

Neue Daten aus der Schülerinnen- und Schülerstudie [HBSC](#) (2022) zeigen, dass 43 % der 15-jährigen Jungen und ebenso viele gleichaltrige Mädchen in den letzten 30 Tagen mindestens einmal Alkohol getrunken haben; diese Prävalenzen sind ähnlich hoch wie im Jahr 2018. Im Vergleich zu 2018 scheint die 30-Tage-Prävalenz bei den 13-Jährigen gestiegen zu sein (2022: 17 %). Das Rauschtrinken bleibt auf etwa gleich hohem Niveau: Etwa ein Viertel der 15-Jährigen haben mindestens einmal in den letzten 30 Tagen fünf oder mehr alkoholische Getränke bei einer Gelegenheit getrunken.

Trinkverhalten in der Allgemeinbevölkerung im Wandel

Die jüngsten Daten (2022) aus der [Schweizerischen Gesundheitsbefragung](#) (SGB) zeigen für die Bevölkerung ab 15 Jahren, dass der **chronisch riskante Konsum** im Laufe der Jahre tendenziell abgenommen hat, während das **Rauschtrinken** (episodisch risikoreicher Alkoholkonsum) häufiger geworden ist:

- Zwischen 1997 und 2022 ist der chronisch riskante Konsum¹ bei den Männern (von 8 % auf 4 %) und bei den Frauen (von 5 % auf 3 %) zurückgegangen.
- Und zwischen 2007 und 2017 ist der Anteil der Personen, die sich mindestens einmal monatlich betrinken², bei den Frauen von 6 % auf 11 % und bei den Männern von 16 % auf 21 % angestiegen, seither ist er relativ stabil geblieben (2022: 11 % bzw. 19 %).

Zwischen 1992 und 2022 ist der Anteil der Personen, die **täglich** Alkohol konsumieren, sowohl bei den Männern (von 30 % auf 12 %) als auch bei den Frauen (von 11 % auf 5 %) um gut die Hälfte gesunken. Dieser Rückgang zeigt sich in allen Altersgruppen unter 65 Jahren gleichermassen. Es handelt sich hier um ein Trinkmuster von heute älteren Generationen, das allmählich zurückgeht. Der Anteil der **abstinent** lebenden Frauen ist deutlich höher als jener der Männer (21 % gegenüber 13 %). Diese Anteile sind ähnlich hoch wie bereits zehn Jahre zuvor.

Der [Alkoholverkauf](#) belief sich im Jahr 2022 auf 8,4 Liter reinen Alkohols pro Person der Wohnbevölkerung ab 15 Jahren (2021: 8,5 L).

Behandlungseintritte in die spezialisierte Suchthilfe:

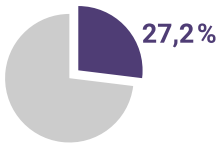
50 %

mit Hauptproblem Alkohol

Das Monitoringsystem [act-info](#) zeigt auf, dass im Jahr 2022 in der Schweiz 50 % der Personen, die in teilnehmende Suchthilfeeinrichtungen eintraten, hauptsächlich wegen Alkoholkonsums behandelt wurden. Das Durchschnittsalter liegt bei etwa 45 Jahren. Bei 35,5 % der Beratungen über die Online-Plattform SafeZone war Alkohol im Jahr 2023 ein Thema (29 % Alkohol als alleinige Substanz; 6,5 % Alkohol + weitere Substanz/en).

¹ In epidemiologischen Studien wie die SGB bedeutet der chronisch riskante Alkoholkonsum, täglich durchschnittlich mindestens zwei (Frauen) bzw. vier (Männer) Standardgläser eines alkoholischen Getränks zu konsumieren.

² Mit Rauschtrinken wird ein Konsum von mindestens vier Standardgläsern eines alkoholischen Getränks für Frauen und mindestens fünf Gläsern für Männer bei einer Trinkgelegenheit bezeichnet.



Fälle von illegalen
Alkoholverkäufen an
Jugendliche

Laufend Anreize, die
an Alkohol erinnern

Testkäufe: Rate an Fehlverkäufen bleibt hoch

Nationale Resultate (2022) zu den **Testkäufen** an physischen Verkaufspunkten zeigen eine Verbesserung im Vergleich zum Zeitraum der Pandemie. Insgesamt wurden in 27,2 % der Fälle Bier, Wein oder Spirituosen illegal an Minderjährige verkauft (2021: 33,5 %). Online können Jugendliche in der grossen Mehrheit der Fälle den Alkohol kaufen.

Eine **Studie** von Sucht Schweiz hat die Anreize im Zusammenhang mit Alkohol, Tabak- und Nikotinprodukten online und auf sechs typischen Wegen von 16- bis 18-Jährigen in der Stadt Genf nachgezeichnet. Für Alkohol wurden im öffentlichen Raum durchschnittlich 31 Anreize pro Tag gezählt. Was den digitalen Raum betrifft, gab es durchschnittlich 13 Anreize während 7 Stunden Online-Zeit.

Alkohol bringt Menschen im Strassenverkehr in Gefahr

Bei den Urteilen im Jahr 2022 aufgrund von **Verstössen** gegen das Strassenverkehrsgesetz häuften sich gegenüber dem Vorjahr die Fahrten im fahrunfähigen Zustand (Alkohol, aber auch illegale Drogen und psychoaktive Medikamente am Steuer). Von diesen Straftaten wies das Fahren mit einer zu hohen Alkoholkonzentration im Blut den höchsten Anstieg bei den Verurteilungszahlen aus. Diese Straftaten waren im Pandemiejahr 2020 stark zurückgegangen, haben mittlerweile aber wieder den Stand von 2019 erreicht. Und im Jahr 2022 starben in der Schweiz 28 Menschen bei alkoholbedingten **Unfällen**. 432 Menschen erlitten schwere Verletzungen. Die letztgenannte Zahl stieg seit 2018 um rund 30 %.

30 %

mehr schwere,
alkoholbedingte Verletzungen
im Strassenverkehr

Risiko für Krebs zu wenig bekannt

Die Schweizer Bevölkerung (ab 15 Jahre) kennt gemäss der **Erhebung** Gesundheit und Lifestyle von 2022 die Risiken des Alkoholkonsums recht gut. Die Risiken für Krebserkrankungen bilden dabei eine Ausnahme: Lediglich 35 % der Befragten wissen, dass zwischen Alkoholkonsum und Brustkrebs bei Frauen ein Zusammenhang bestehen kann. Die Auswirkungen auf Mund- und Rachenkrebs (52 %) oder Dickdarm- und Mastdarmkrebs (65 %) sind besser bekannt, aber nicht in gleichem Masse wie andere Erkrankungen (z.B. Lebererkrankungen).

Alkohol schadet dem
ungeborenen Kind

Etwa 87 % der in der **Erhebung** Gesundheit und Lifestyle (2022) befragten Frauen im gebärfähigen Alter (25 bis 44 Jahre) wussten zweifelsfrei, dass Alkoholkonsum während der Schwangerschaft dem Fötus schaden kann. Anlässlich des International FASD Awareness Day vom 9. September 2023 rief Sucht Schweiz erneut dazu auf, während der Schwangerschaft keinen Alkohol zu trinken.

Der Dry January wird
laufend bekannter

Die von Sucht Schweiz ausgewertete, in der zweiten Februarhälfte 2023 durchgeführte Bevölkerungsumfrage zeigt den zunehmenden Bekanntheitsgrad des **Dry January** (Januar ohne Alkohol). Mehr als die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung kennt die Kampagne und etwa 70 % sind eher oder sehr positiv eingestellt.

2. Politik

Schleichende Deregulierung
in den Kantonen

Das nationale Parlament beschäftigt sich seit einiger Zeit nicht mehr mit dem Thema Alkohol, was in Anbetracht der Problemlage Besorgnis erregend ist. Auf kantonaler Ebene sind sogar einzelne Bestrebungen zur Deregulierung im Gang. So will der Kanton Waadt im Zuge einer parlamentarischen Initiative den Alkoholverkauf in Tankstellen zulassen und damit der Gesetzgebung auf nationaler Ebene folgen. Der Kanton Jura hat dies im Dezember 2022 bereits beschlossen. Und der Kanton Zug will das Alkoholausschank-Verbot an Betrunkene aufheben. Damit werde auf die Eigenverantwortung der Konsumierenden und auf das Verantwortungsbewusstsein der Gastgewerbebetriebe vertraut. Es sind dies Argumente, die von Fachpersonen aus der Prävention kritisiert werden. Wie viel Eigenverantwortung ist Betrunkenen zuzumuten – dies ist nur eine der Fragen.

Vielseitiges Engagement
für mehr Sensibilisierung

Die Nationale Aktionswoche (13.-19.03.2023) für Kinder von Eltern mit Suchterkrankung widmete sich der Frage, was Menschen im Umfeld tun können. Zudem zeigt eine neue Studie von Sucht Schweiz die Wichtigkeit von Massnahmen zur Unterstützung von Müttern mit Suchterkrankung und ihren Kindern. Die Studie nennt mehrere strukturelle Verbesserungen, die nötig wären. Dazu zählen mehr spezialisierte Institutionen, wo Mütter zusammen mit ihren Kindern begleitet werden oder eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Institutionen.

Am 25. Mai 2023 war Nationaler Aktionstag Alkoholprobleme. Mit dem Motto «Alkohol gegen Stress – Stress mit Alkohol» lud dieser Tag die Bevölkerung zum Nachdenken über dieses Thema ein. Gleichzeitig machten regionale Suchtfachstellen auf ihre Präventions- und Hilfsangebote aufmerksam.

Warnhinweise auf
Alkohol-Behältern

Was gesundheitliche Warnhinweise auf Behältern von alkoholischen Getränken betrifft, so ist Irland weltweit ein Trendsetter. Im Jahr 2026 soll dort die neue gesetzliche Regelung in Kraft treten.

3. Unsere Forderungen

Alkohol und seine Risiken werden im Allgemeinen eher verharmlost und es ist ganz schwierig, ihn auf die politische Agenda zu bringen. Sucht Schweiz fordert Massnahmen, um mehr Schäden und menschliches Leid zu verhindern:

→ Mindestpreise gegen Billigalkohol

Mindestpreise können Risikogruppen schützen (Jugendliche, Menschen mit Problemkonsum). Dieses von Sucht Schweiz seit langem geforderte Anliegen geniesst in der Bevölkerung eine gute Akzeptanz. Gemäss der zweiten Erhebung Gesundheit und Lifestyle von 2022 waren 48 % der Befragten der Meinung, dass billiger Alkohol durch Mindestpreise verteuert werden sollte (32 % sind dagegen).

→ Werbung darf Jugendliche nicht erreichen

Es braucht wirksamere Einschränkungen bei der Alkoholwerbung, welche Jugendliche erreicht. Zwar ist Werbung, welche sich speziell an Jugendliche unter 18 Jahren richtet, verboten. Doch die heutige Regelung greift zu kurz, da die Werbung meist auch Kinder und Jugendliche erreicht.

→ Kein Alkoholverkauf an Kinder und Jugendliche

Es sind verschiedene Bemühungen nötig, um den unerlaubten Alkoholverkauf an Kinder und Jugendliche einzudämmen: Ein System mit automatischer Vorweisung eines Personalausweises wie z. B. in Finnland oder Schottland drängt sich auch für die Schweiz auf. Zudem braucht es eine gute Schulung und technische Hilfsmittel, um das Verkaufs- und Service-Personal zu unterstützen. Im Online-Bereich ermöglichen Technologien das direkte Einscannen der Identitätskarte. Die gesetzliche Lösung für Testkäufe muss endlich folgen.

→ Nachts kein Alkoholverkauf im Takeaway

Sucht Schweiz fordert die Einführung eines nationalen Nachtverkaufsverbots für Alkohol. Weil gerade junge Menschen oft spontan alkoholische Getränke kaufen und konsumieren, erweist sich die zeitliche Einschränkung des Verkaufs in der Nacht als wirksame präventive Massnahme. In den Kantonen Genf und Waadt hat man hierzu gute Erfahrungen gemacht. Insbesondere bei jüngeren Personen gab es bis zu 30 % weniger Spitaleinlieferungen wegen einer Alkoholvergiftung.

→ Nationale Sensibilisierungskampagne an der Zeit

Die Mittel für eine nationale Sensibilisierungskampagne zu den Risiken von Alkohol fehlen. Das muss sich ändern. Denn es braucht die gesellschaftliche Debatte über die gewaltige Problemlast des Konsums und den politischen Gestaltungswillen, um die Schäden einzudämmen.

TABAK- UND NIKOTINPRODUKTE



Der Zigarettenkonsum bleibt bei Jugendlichen hoch – dazu kommen jetzt noch weitere Nikotinprodukte

Bei den Jugendlichen hat der Konsum von Puff-Bars eine zusätzliche Gruppe von Nikotinkonsumierenden geschaffen – der Zigarettenkonsum geht hier nicht zurück. Bei den Erwachsenen ist der leichte Rückgang des Zigarettenkonsums durch andere Nikotinprodukte kompensiert worden.

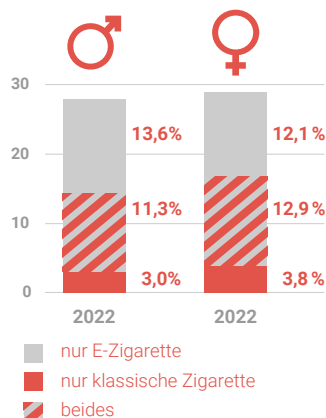
Weil politische Massnahmen im Vergleich zum Ausland noch nicht umgesetzt sind, bleibt der Tabakkonsum weiterhin weit verbreitet. Der Nikotinkonsum bleibt bei den Erwachsenen gleich und bei den Jugendlichen steigt er an. Es ist entscheidend, dass die vom Volk angenommene Initiative «Kinder ohne Tabak» nun vollständig und rasch umgesetzt wird.

Doch die Tabakindustrie hat die Parlamentsmehrheit in der Hand und drängt auf die Verwässerung des entsprechenden Gesetzes. Der illegitime Einfluss der Tabakindustrie auf die Gesundheitspolitik muss endlich gestoppt werden. Der Volkswille hat Vorrang vor finanziellen Partikularinteressen, die die Jugend in die Sucht treiben.

Redaktion: Markus Meury; Grégoire Vittoz

1. Aktuelle Situation

Konsum klassische Zigarette und E-Zigarette bei 15-Jährigen (letzte 30 Tage)



Der Nikotinkonsum bleibt in der Gesamtbevölkerung (15+) hoch: Zigarettenkonsum sinkt, Konsum anderer Nikotinprodukte steigt aber in ähnlichem Masse

Die repräsentative Schülerstudie «Health Behaviour in School-aged Children» (HBSC) vom Jahr 2022 zeigt, dass der Konsum von Nikotinprodukten unter den Jugendlichen zunimmt: Rund ein Drittel der 15-Jährigen hat in den 30 Tagen vor der Befragung mindestens ein Nikotinprodukt konsumiert, bei der letzten Befragung im Jahr 2018 lag der Wert noch bei rund 30 %. Dies ist zu einem grossen Teil auf das Aufkommen von E-Zigaretten des Typs Puff Bar zurückzuführen (die mit den Geschmäckern und der Konzeption auf die Bedürfnisse der Jugendlichen ausgerichtet sind), aber auch auf eine Zunahme bei Produkten zum Erhitzen (HTP) und Snus. Der häufige Konsum von E-Zigaretten, also an mindestens 10 Tagen im letzten Monat, betrifft 7 % der Jungen und 8 % der Mädchen im Alter von 15 Jahren. Dieser häufige Konsum nahm im Vergleich zu 2018 vor allem bei den Mädchen zu. Der Konsum von konventionellen Zigaretten ist gleichzeitig nicht zurückgegangen. 7 % der Jungen und 6 % der Mädchen im Alter von 15 Jahren konsumierten im Jahr 2022 solche an mindestens 10 Tagen im Laufe der letzten 30 Tage. Ein solcher häufiger Konsum ist bei den 13-Jährigen noch selten, doch 6 % von diesen rauchten mindestens einmal im letzten Monat, was im Vergleich zu 2018 eine beunruhigende Verdoppelung darstellt.

Die hohen Konsumfrequenzen setzen sich auch danach fort: Bei einer Umfrage der Lungenliga Aargau unter Lernenden der Sekundarstufe II der Deutschschweiz im Jahr 2023 gaben rund 40 % der 15- bis 17-Jährigen an, mindestens monatlich ein Nikotinprodukt zu konsumieren. Dabei gaben über 5 % der Minderjährigen an, im letzten Monat Zigarillos, Zigarren oder Pfeife geraucht zu haben.

Jugendliche sind auch heute noch regelmässig Konsumanreizen ausgesetzt, selbst dort, wo keine Werbung in der Öffentlichkeit zugelassen ist. Gerade auf Internet und in den sozialen Medien sehen Jugendliche oft Werbung für Puff Bars, wie eine Studie von Unisanté gezeigt hat.

Die Entwicklung muss aufmerksam verfolgt werden. Laut einer aktuellen Metaanalyse erhöht der Gebrauch von E-Zigaretten das Risiko, später klassische Zigaretten zu rauchen, und auch das Risiko, Cannabis zu konsumieren. Noch fehlen aber Längsschnittstudien, die beweisen könnten, dass das eine zum anderen führt.

Erwachsene: Kein Rückgang des Nikotinkonsums

Zum Nikotinkonsum in der Gesamtbevölkerung (15 Jahre oder älter) legen die Schweizerischen Gesundheitsbefragung (SGB, telefonisch) und die nationale Erhebung «Gesundheit und Lifestyle» (EGL, per Internet) für das Jahr 2022 neue Daten vor. Die detaillierten Auswertungen der beiden Studien sind noch im Gange, aber es lassen sich mit Vorsicht bereits einige generelle Aussagen machen:

Nach EGL ist der Gesamtanteil der Befragten, die rauchen, dampfen oder HTP gebrauchen mit 24 % ähnlich hoch wie der Zigarettenkonsum vor vier Jahren, welcher in der Bevölkerung ab 15 Jahren seit 2018 um 1,7 Prozentpunkte auf 22,1 % zurückgegangen ist. Der Anteil der Befragten, die rauchlose Tabakprodukte

konsumieren ist zudem von 2,5 auf 4,4 % gestiegen (wobei möglich ist, dass ein Teil von ihnen auch raucht oder dampft). Nach den Zahlen des Themenhefts «Konsum von Tabak und Nikotinprodukten» scheint es, dass der Rückgang des Konsums von konventionellen Zigaretten durch den Anstieg anderer Nikotinprodukte ausgeglichen wird. Diesen Zahlen zufolge scheint der Anteil der Personen in der Altersgruppe der 15- bis 19-Jährigen, die rauchen, dampfen oder ein Tabakprodukt zum Erhitzen verwenden, seit 2017 (SGB) zugenommen zu haben, auch wenn ein Vergleich der beiden Studien mit Vorsicht zu geniessen ist.

Gemäss SGB rauchen 24 % der Schweizer Bevölkerung ab 15 Jahren, rund 16 % täglich. Dies bedeutet einen Rückgang von je rund drei Prozentpunkte im Vergleich zu 2017.

Bei den Fragen zu den gesundheitlichen Auswirkungen des Zigarettenkonsums meint die Hälfte der in der EGL Befragten fälschlicherweise, dass die gesundheitlichen Schäden linear mit der Anzahl nicht mehr gerauchter Zigaretten abnehmen. Dies könnte dazu beitragen, dass die Mehrheit der Konsumierenden von E-Zigaretten und HTP daneben auch klassische Zigaretten konsumiert (im Gegensatz zu dem, was die Industrie behauptet), was die die gesundheitlichen Risiken aber wenig reduziert. Gemäss einer Studie besteht mit einer Zigarette pro Tag bereits die Hälfte des Risikos für Herzkrankheiten wie bei 20 Zigaretten pro Tag.

Nach der SGB ist der Anteil der Bevölkerung, die täglich mindestens eine Stunde dem Passivrauch ausgesetzt ist, seit 2017 von 6 auf 4 % zurückgegangen. Bei den 15- bis 24-Jährigen ist der Anteil aber mit 11,8 % weitaus am höchsten.

11,8%

der 15- bis 24-Jährigen sind von Passivrauch belastet

Markt: Diversifizierung geht weiter

Die Inlandverkäufe industrieller Zigaretten hat zwischen 2016 und 2023 um mehr als 10 % auf jährlich 8,3 Milliarden Stück abgenommen. Umgekehrt hat die Einfuhr von Tabak für Zigaretten zum selber Drehen zwischen 2014 und 2022 um 50 % auf knapp über 1000 Tonnen pro Jahr zugenommen.

Produkte wie E-Zigaretten, HTP und Snus werden zunehmend gekauft. Zuverlässige Marktdaten sind wenig erhältlich. Aus der Branche wird angegeben, dass

- der Anstieg des Konsums von E-Zigaretten kontinuierlich und beträchtlich ist
- das HTP IQOS im Jahr 2023 nach Eigenangaben des Herstellers einen Marktanteil von 11 % unter den Tabakprodukten hatte (Verdoppelung seit 2021)
- die Einfuhr von Snus zwischen 2021 und 2023 um 50 % gestiegen und auch der Verkauf von Nikotinbeutelchen ohne Tabak (gemäss «Snusbericht 2021» eines Vertreibers) zwischen 2020 und 2021 um 37 % zugenommen haben.

Nach EGL 2022 wird Snus nur wenig zum Rauchausstieg genutzt.

Kosten von mindestens 3,9 Milliarden Franken pro Jahr

Eine Studie zeigt, dass die Allgemeinheit durch das Rauchen stark belastet wird: Alleine das Rauchen (ohne den Konsum von anderen Tabakprodukten und Passivrauch) führte im Jahr 2017 in der Schweiz zu volkswirtschaftlichen Kosten von 3,9 Milliarden Franken pro Jahr. Davon betragen die Kosten für das Gesundheitswesen über 3 Milliarden Franken.

2. Politik

Die Einmischung der Tabakindustrie in die Gesundheitspolitik ist weltweit einzigartig und nicht hinnehmbar

Gemäss der Tobacco Control Scale 2021 liegt die Schweiz auf dem zweitletzten Rang in Europa bezüglich Tabakpolitik. Auch ein neuer [Bericht](#) der Weltgesundheitsorganisation WHO zeigt, dass die Schweiz in Bereichen wie Tabakwerbung und Schutz vor Passivrauch hinter den anderen europäischen Ländern herhinkt. Aufgrund der starken Stellung der grössten Tabakkonzerne und dem für Lobbying extrem durchlässigen politischen System kommt die Tabakpolitik in der Schweiz nicht vorwärts. Im neuen [Global Tobacco Industry Interference Index](#) belegt die Schweiz unter 90 untersuchten Ländern den zweitletzten Platz. Zudem zeigen [Fälle der Zusammenarbeit](#) der Universität Zürich und der ETH Zürich mit Philip Morris, dass sich die Interessen der Tabakindustrie in die wissenschaftliche Forschung einmischen.

Umsetzung der Initiative: Der Kampf gegen die Lücken

Das unter dem Einfluss der Industrie vom Parlament beschlossene neue Tabakproduktegesetz soll Mitte 2024 in Kraft treten und bringt nur wenige Verbesserungen (z.B. Anhebung des Schutzalters auf 18 Jahre und Einbezug aller Nikotinprodukte). Deshalb musste das Volk mit der Annahme der Initiative «Kinder ohne Tabak» im Februar 2022 nachbessern und beschloss, dass Kinder und Jugendliche von *keiner Art der Tabakwerbung* mehr erreicht werden dürfen.

Obwohl der Initiativtext gar keinen Spielraum für Ausnahmen bietet, so sträubt sich das Parlament noch gegen die verfassungsmässige Umsetzung des Volkswillens. Nach der Behandlung des Gesetzesentwurfs durch beide Kammern geht er nun zurück an den Ständerat, was die Umsetzung weiter verzögert, und keine Garantie gibt, dass der Volkswille respektiert wird. Das Gesetz soll im Jahr 2026 in Kraft treten (Kantone wie das Wallis und die Waadt führen gewisse Massnahmen bereits vorher ein), die Initianten werden dem Volkswillen vehement Nachdruck verleihen. Denn die Bevölkerung spricht sich immer stärker gegen die Tabakwerbung aus. Nach den Daten der [EGL](#) sind zwei Drittel gar für ein totales Tabakwerbeverbot, und 56 % für ein Verbot der Ausstellung von Tabak am Verkaufsort. Zudem sind 43 % für die neutrale Einheitspackung, nur 29 % dagegen. Die Einheitspackung wird auch von der [Jugendsession 2023](#) gefordert. Die neue Regulierung ist also erst ein Anfang, die Bevölkerung will viel weiter gehen!

Die Bevölkerung will viel weiter gehen: Die Einheitspackung ist auch von den Jugendlichen gefordert

Tabaksteuern: Verpasste Chance, Jugendliche abzuhalten

Die Teilrevision des Tabaksteuergesetzes hat zwar eine neue Steuer für E-Zigaretten eingeführt und speziell die Puff Bars verteuert. Die Steuern auf anderen Nikotinprodukten und auf klassischen Zigaretten wurden leider nicht angetastet, obwohl sich eine Erhöhung seit Jahren aufdrängt. So bleiben sie für Jugendliche relativ erschwinglich.

Die Beschlüsse des Tabaksteuergesetzes sind ungenügend, um Jugendliche vom Einstieg abzuhalten

Andere Länder gehen voran – und haben Erfolg

Großbritannien, Australien und Finnland beispielsweise setzen seit Jahren stringente Tabakpräventionsstrategien mit gesundheitspolitischen Massnahmen wie Tabaksteuererhöhungen, umfassenden Werbeverboten und Einheitspackungen um. Ihre [Raucherquoten](#) sinken deshalb rasch. Offenbar fehlt dieser Wille in der Schweizer Politik.

3. Unsere Forderungen

Der Schutz der Jugend vor Nikotinprodukten muss nun endlich durchgesetzt werden. Die Bevölkerung und auch die Jugend selbst hat sich klar dafür ausgesprochen. Die effektivsten und günstigsten Massnahmen zur Senkung der Raucherquote und der damit verbundenen Probleme sind schon länger bekannt: Die Mehrheit der sogenannten «**Best Buys**» der WHO harren in der Schweiz noch immer der Umsetzung, wie z.B. ein umfassendes Verbot von Werbung (also auch Promotion und Sponsoring), konsequente Preiserhöhungen und neutrale Zigarettenpackungen. Diese Massnahmen sind vor allem bei Jugendlichen wirksam. Im Weiteren muss der Rauchausstieg stärker gefördert werden.

→ Initiative jetzt verfassungsgemäss umsetzen

Jegliche Nikotinwerbung, die bei Jugendlichen als solche wirkt, muss verboten werden, also auch Sponsoring, Festzelte, Promotion und mobiles Verkaufspersonal. Es braucht zudem eine effektive Umsetzung des Verbots von Werbung im Internet (wo die Tabak- und Puff Bar-Werbung boomt), was dank dem technischen Fortschritt auch möglich ist.

→ Einhaltung der Alterslimite im Internet durchsetzen

Neben der Durchsetzung der Alterslimite in den physischen Verkaufspunkten muss auch sichergestellt werden, dass Kinder und Jugendliche im Internet keine Nikotinprodukte kaufen können. Nur wenige Händler machen eine echte Kontrolle (z.B. per ID), was aber laut Bundesrat erforderlich wäre. Die gesetzliche Lösung für Testkäufe muss endlich an die Hand genommen werden.

→ Tabak- und Nikotinsteuern müssen effektiv werden

Gemessen an der Kaufkraft sind Zigaretten in der Schweiz vergleichsweise günstig. Die Steuern auf Zigaretten müssen endlich wieder erhöht werden, was besonders bei Jugendlichen auf den Einstieg in den regelmässigen Konsum wirkt. Auch andere für Jugendliche attraktive Nikotinprodukte müssen teurer werden.

→ Rauchausstieg fördern: Entwöhnungshilfen zahlen

Der Rauchausstieg wird hierzulande zu wenig gefördert: Beispielsweise sollten die erwiesenermassen hilfreichen Nikotinersatzprodukte von den Krankenkassen bezahlt werden.

→ Illegitimen Einfluss der Tabakindustrie stoppen

Die Tabakindustrie hat nur ihre eigene Gewinnmaximierung zum Ziel und wehrt sich gegen Einschränkungen, die Jugendlichen anzuwerben. Denn nach 21 Jahren fängt kaum mehr jemand mit dem Nikotinkonsum an. Solche Partikularinteressen haben aber keine Legitimation im Gesetzgebungsprozess, wenn sie auf Kosten der öffentlichen Gesundheit gehen und dem Willen der Bevölkerung widersprechen. Der Einfluss der Tabakindustrie auf die Gesundheitspolitik muss zurückgedrängt werden, indem sie von Vernehmlassungen oder gar Kommissionssitzungen ausgeschlossen werden, wie es in den meisten anderen Ländern längst üblich ist. Auch Treffen von Behördenmitgliedern mit dieser Industrie müssen untersagt oder zumindest für die Öffentlichkeit protokolliert werden. Spenden an Parteien und politische Persönlichkeiten sind nicht mehr tolerierbar, wie im Übrigen auch die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und der Tabakindustrie.

ILLEGALE DROGEN



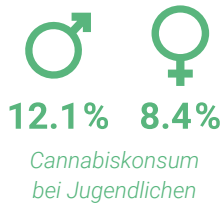
Kokain und Cannabis: Auf der Suche nach neuen Wegen

Das Jahr 2023 war geprägt von einer steigenden Sichtbarkeit des Drogenkonsums im öffentlichen Raum und dem zunehmenden Konsum von Kokainbase (Crack oder Freebase) in bereits marginalisierten Bevölkerungsgruppen. Diese Entwicklung erfolgte vor dem Hintergrund einer Zunahme der Verfügbarkeit und des Konsums von Kokain sowie der damit verbundenen Probleme in der Schweiz und in Europa. Diese Situation erfordert ein kollektives Vorgehen, um über die Anpassung der Umsetzung der Vier-Säulen-Politik an die aktuellen Herausforderungen nachzudenken.

Auch ein anderer Themenbereich ist in Bewegung: Cannabis. Die aktuelle Datenlage zeigt, dass der Cannabis-Konsum relativ stabil ist. Gleichzeitig festigt sich politisch ein Trend zu einer neuen Regulierung. Konkret wird in der Schweiz ein neues Cannabisgesetz entworfen und Pilotversuche für die legale Cannabisabgabe rollen an.

Redaktion: Frank Zobel, Florian Labhart, Marie-Noëlle McGarrity

1. Aktuelle Situation



Verschiedene Untersuchungen aus dem Jahr 2022 vermitteln ein Bild vom Cannabis-Konsum in der Schweiz. Die [HBSC-Studie 2022](#) zeigt, dass der Anteil der 15-jährigen Schülerinnen und Schüler, die angeben, schon einmal Cannabis konsumiert zu haben, weiterhin rückläufig ist. 2022 waren 20,8 Prozent der Jungen und 16,1 Prozent der Mädchen betroffen, während es vier Jahre zuvor noch 27,3 bzw. 17,3 Prozent waren. Dagegen blieb der Anteil der 15-Jährigen, die in den letzten 30 Tagen Cannabis konsumiert haben, stabil: 2022 waren es 12,1 Prozent der Jungen und 8,4 Prozent der Mädchen, vier Jahre zuvor 13,5 bzw. 8,7 Prozent. Nur wenige Schülerinnen und Schüler (< 1 %) konsumieren an mindestens 10 Tagen pro Monat Cannabis.

Bei den Erwachsenen hatte die [Schweizerische Gesundheitsbefragung](#) (SGB) zwischen 2012 und 2017 einen Anstieg beim Cannabis-Konsum gezeigt, der sich 2022 aber nicht fortgesetzt hat. Wie fünf Jahre zuvor gaben 2022 rund 7,6 Prozent der 15- bis 64-Jährigen Cannabis-Konsum im letzten Jahr an, 4 Prozent im letzten Monat. Bei den Männern ist die Prävalenz weiterhin höher (5,5 % im letzten Monat) als bei den Frauen (2,5 %), ebenso bei den Jüngeren (8,7 % der 15- bis 24-Jährigen) gegenüber den Älteren (1,3 % der 55- bis 64-Jährigen). Ähnliches ergibt die Erhebung [«Gesundheit und Lifestyle» 2022](#) des BAG: 4,7 Prozent der schweizerischen Wohnbevölkerung ab 15 Jahren raucht gegenwärtig Cannabis bei einer Prävalenz des täglichen Konsums von 0,6 Prozent.

Die Daten der [SGB](#) ergeben für den Kokain-Konsum eine relativ stabile Situation in der Gesamtbevölkerung: 1 Prozent der 15- bis 64-Jährigen gibt an, im letzten Jahr Kokain konsumiert zu haben. Das ist kaum mehr als 2017 (0,9 %), entspricht aber einem langjährigen Wachstumstrend (2007: 0,4 %; 2012: 0,7 %). Weitere Indikatoren zum Kokainkonsum lassen aufhorchen. Die [Abwasseranalysen](#) ergeben, dass die Schweizer Städte systematisch zu den europäischen Städten mit dem grössten Pro-Kopf-Konsum zählen. Daneben zeigen die [Suchthilfestatistiken act-info](#), dass die Therapienachfrage für Kokainprobleme, anders als für die übrigen illegalen Substanzen, seit rund 8 Jahren am Steigen ist.

Die Zunahme des Kokainkonsums betrifft nicht nur die Schweiz. In Europa werden regelmässig [Rekordzahlen bei den Beschlagnahmungen](#) vermeldet. Dazu kommen [Gewalttaten](#) im Zusammenhang mit dem Kokainhandel, namentlich in den zwei wichtigsten Einfuhrländern Belgien und Niederlande. Diese Entwicklungen haben die Europäische Union mobilisiert, einen [neuen Fahrplan](#) zur Bekämpfung dieser Dynamik zu entwerfen. Daneben erreicht die [Kokainproduktion in Südamerika](#) neue Spitzenwerte.

Langjähriger Wachstumstrend
beim Kokainkonsum – nicht
nur in der Schweiz

Zukünftig mögliche
Mangellage beim Heroin –
Folgen noch nicht absehbar

Eine neue Sorge auf internationaler Ebene ist mit dem Entscheid der Taliban verbunden, die Opiumproduktion in Afghanistan zu verbieten. Satellitenbilder zeigen, dass dieses Verbot durchgesetzt wird und dass die Ernten im Mehrjahresvergleich äusserst gering ausfallen. Da es in Afghanistan, aber auch entlang der Balkanroute Opium-, Morphin- und Heroinlager gibt, werden die Konsequenzen dieses Verbots erst allmählich zu spüren sein. Aber eine Heroin-Mangellage mit unbekanntem Auswirkungen könnte schon bald eintreten.

Crack und Konsum im öffentlichen Raum

Vermehrter Konsum von
Crack – Diskussion um
Konsum in öffentlichen
Räumen

Der vermehrte Konsum von Kokain, insbesondere in seiner rauchbaren Form Crack und Freebase, erhielt 2023 grosse Aufmerksamkeit, oft vermischt mit Debatten über die Sichtbarkeit des Drogenkonsums im öffentlichen Raum. Medien haben über problematische Situationen in gewissen Quartieren von Genf, Zürich, Basel und Lausanne berichtet. Aber auch kleinere Städte waren betroffen, wie zum Beispiel Chur, Brugg, Solothurn und Luzern. Die Schweiz ist kein Sonderfall. Ähnliche Meldungen trafen aus den Nachbarländern ein, etwa Deutschland.

Es ist schwierig, die für diese Situation genauen Ursachen zu ermitteln. Zur aktuellen Entwicklung tragen Faktoren bei wie die sehr grosse Verfügbarkeit von Kokain (niedrige Preise und hoher Reinheitsgrad), die verschlechterte soziale Lage suchtbetroffener Menschen (Unterkunft und Arbeit) und (laut Beobachtung von Fachleuten aus der Praxis) neue Konsumentengruppen. Aber weitere sind möglich.

So zeigt das Beispiel Genfs, dass ein wachsender Crack-Markt und der vermehrte Konsum zu einer Verschlechterung der gesundheitlichen und sozialen Lage der Betroffenen führt. Oft ist Crack mit intensivem Konsum assoziiert, der mit mangelhafter Nahrungs- und Schlafqualität, psychischen Problemen, Verarmung und erschwerter medizinischer Versorgung verbunden ist.

2. Politik

Neue Herausforderungen, neue Antworten?

Als Antwort auf den vermehrten Crack-Konsum und das Konsumverhalten im öffentlichen Raum haben die betroffenen Städte und Kantone als Teil der Vier-Säulen-Politik neue Massnahmen eingeführt: neue Konsumräume, Notschlafstellen, aufsuchende Sozialarbeit, polizeiliche Massnahmen usw. Zurzeit ist nicht klar, ob diese Massnahmen ausreichend sind. Mit dem Wintereinbruch sind die Probleme weniger sichtbar geworden, können im Frühling aber durchaus wieder präsenter werden.

Die grosse Verfügbarkeit und die Verschlechterung der Situation der Konsumierenden rufen nach neuen Massnahmen

Zwar ist die aktuelle Lage nicht mit dem Ausmass der offenen Drogenszenen vor dreissig Jahren vergleichbar, doch stellen sich ähnliche Fragen: Wie lässt sich die Drogenpolitik auf die neuen Herausforderungen einstellen? Gemeint sind diesmal die grosse Verfügbarkeit von Kokain und die Verschlechterung der sozialen und gesundheitlichen Situation der Konsumierenden. In mehreren Städten (Bern, Lausanne) sind politische Initiativen für «Pilotversuche» zur Kokainabgabe entstanden. Sie regen die Diskussion zu neuen Lösungsansätzen an, um auf die verschlechterte Situation zu reagieren.

Cannabis: Die Diskussion geht weiter

Vor 10 Jahren führte die Schweiz für Cannabis konsumierende Erwachsene ein Ordnungsbussenmodell ein. Fünf Jahre später befand das Bundesgericht, dass der Besitz von weniger als 10 Gramm Cannabis (ohne Konsum) nicht strafbar sei. Die Droge wurde aber beschlagnahmt. 2023 kam dasselbe Gericht zum Schluss, die Beschlagnahmung sei illegal. Damit gibt heute der Besitz und die Mitführung von weniger als 10 Gramm Cannabis keinen Anlass zur Bestrafung und zur Beschlagnahmung.

Die ersten Pilotprojekte sind gestartet – unterschiedliche Modelle werden eine Vielzahl von Erkenntnissen liefern

Mit einer Änderung des Betäubungsmittelgesetzes im Jahr 2021 sind in der Schweiz Pilotversuche mit kontrollierter Cannabis-Abgabe möglich geworden. Erste Umsetzungen erfolgten 2023. Das erste Projekt startete im Februar in Basel Stadt. Es folgten die Stadt Zürich (August), die Stadt Lausanne, die Stadt Vernier mit dem Kanton Genf und ein privater Versuch in Basel-Landschaft (alle im Dezember). Der Versuch der Stadt Bern (zusammen mit Luzern und Biel) sollte noch diesen Frühling beginnen und weitere Versuche von privaten und öffentlichen Akteuren sind geplant. Noch ist es für eine erste Bilanz zu früh. Doch lassen sich bereits unterschiedliche Schwerpunkte feststellen: Einige Versuche dienen der medizinischen Forschung und sorgen sich nur am Rande um Fragen der künftigen Cannabis-Regulierung in der Schweiz. Andere fokussieren im Gegenteil darauf, unterschiedliche Regulierungsmodelle für die Zukunft zu testen. Wieder andere scheinen hauptsächlich der Legalisierung von Cannabis in der Schweiz und der Wegbereitung für einen kommerziellen Markt zu dienen.

Ein Gesetzesentwurf
bereits in diesem Jahr?

Die Frage nach der Legalisierung und Regulierung des Cannabis-Markts beschäftigt auch Bundesbern. Der Bundesrat empfiehlt dem Parlament in seinem Bericht in Erfüllung des Postulats Minder «Rechtssicherheit bei Produktion, Handel und Gebrauch von Hanf/Cannabisprodukten», die Legalisierung von Cannabis vorsichtig anzugehen und den Schutz der öffentlichen Gesundheit ins Zentrum zu stellen. Diese Empfehlung richtet sich an die Arbeiten der Subkommission der SGK-N, die in Antwort auf die parlamentarische Initiative Siegenthaler an einem Entwurf für ein Gesetz zur Cannabisregulierung arbeitet. Die Subkommission, deren Mandat verlängert wurde, sollte der SGK-N 2024 einen Gesetzesentwurf vorlegen. Dieser kann dann dem Parlament unterbreitet werden. Die Kantone gaben 2023 via Konferenz der kantonalen Beauftragten für Suchtfragen (KKBS) bekannt, dass sie eine Cannabis-Regulierung erwarten, die den Schutz der öffentlichen Gesundheit ins Zentrum stellt.

Weitere US-Bundesstaaten
und verschiedene Länder
regulieren Cannabis neu

Auf internationaler Ebene gehen die Reformen und die Legalisierungsbestrebungen weiter. In den USA haben 2023 Minnesota, Delaware und Ohio ihre Gesetzgebung angepasst, womit die Zahl der legalisierenden US-Bundesstaaten auf 25 anstieg. Die Bundesregierung in Washington prüft ihrerseits eine rechtliche Neueinstufung von Cannabis. In Europa ist Deutschland nach einem Dialog mit der Europäischen Kommission auf seinen Entscheid zurückgekommen, Cannabis weitreichend zu legalisieren. Ein Gesetz mit einem Stufenmodell wurde im Februar 2024 vom Bundestag angenommen. Ab April sollen Erwachsene legal Cannabis zum Eigengebrauch anbauen und besitzen dürfen, und ab Juli sollen nicht gewinnorientierte Cannabis-Anbauvereine zugelassen werden. Malta und Luxemburg haben bereits Gesetze verabschiedet, mit denen Produktion und Besitz von Cannabis zum Eigengebrauch möglich ist und die Niederlande haben für die Coffeeshops Pilotversuche zur legalen Cannabis-Beschaffung initiiert.

3. Unsere Forderungen

→ Gemeinsam neue Wege suchen

Die Situation im Sommer 2023 in zahlreichen Schweizer Städten erfordert eine Überprüfung und eine Anpassung der bestehenden Massnahmen. Die sehr hohe Verfügbarkeit einiger Drogen und die Verschlechterung der sozialen und gesundheitlichen Lage vieler Konsumierenden sind Probleme, die eine schnelle, koordinierte Reaktion erfordern. Dazu gehört selbstverständlich die Risiko- und Schadensminderung, aber auch andere Massnahmen in Bereichen wie ärztliche Versorgung, Unterkunft, Arbeit und Marktbekämpfung sind nötig. Zudem sollten die effektiven Bedürfnisse und die Erfahrungen der Direktbetroffenen berücksichtigt werden.

Wie vor dreissig Jahren sollte diese Arbeit nicht auf den Städten und Kantonen allein lasten. Vielmehr ist der Bund gefordert, sich wieder vermehrt einzubringen und sie zu unterstützen. Ein erster Schritt in diese Richtung war der Runde Tisch mit Städten und Kantonen, den das BAG im November 2023 organisiert hat. Doch weitere müssen folgen. Auch die Möglichkeit einer Heroin-Mangellage in naher Zukunft sollte zu Gesprächen und Vorbereitungsmaßnahmen (Datenerhebungen, Sensibilisierung) auf nationaler Ebene Anlass geben.

→ Cannabis: nichtgewinnorientierter Verkauf

Auf internationaler Ebene ist die Welle der Cannabis-Legalisierung 2023 weitergerollt und wird es voraussichtlich auch 2024 tun. In der Schweiz werden die Pilotversuche Hinweise über die Machbarkeit und die Wirkung unterschiedlicher Regulierungsmodelle geben. Und noch im laufenden Jahr könnte dem Parlament der Entwurf eines entsprechenden Gesetzes vorliegen. Hier besteht die Herausforderung darin, dass alle Aspekte des aktuellen Kenntnisstands und des politisch Machbaren berücksichtigt werden. Wie eine Studie der Eidgenössischen Kommission für Fragen zu Sucht und Prävention (EKSN) zeigt, zeichnet sich bei den Fachleuten ein breiter Konsens dafür ab, bei der Cannabis-Legalisierung den Leitsatz anzuwenden, der auch für einige Cannabisprodukte gilt: «*Start low, go slow*» («Niedrig starten und langsam vorwärts gehen»), und vor allem auf den gewinnorientierten Handel zu verzichten. Eine liberale Regulierung und der kommerzielle Handel von Cannabis birgt nämlich grosse Risiken, wie die Situation in einigen Regionen der USA zeigt. Fällt die lukrative Seite des Cannabis-Verkaufs weg, wird auf Werbung und Promotion verzichtet und der Fokus auf die öffentliche Gesundheit gelegt, wie dies in Québec der Fall ist, lässt sich ein grosser Teil der legalisierungsbedingten Probleme vermeiden, während die Erwachsenen, die dies wünschen, Zugang zu Cannabis erhalten. Dies ist denn auch der Ansatz, den die Stadt Lausanne und Sucht Schweiz in ihrem Pilotversuch Cann-L testen.

PSYCHOAKTIVE MEDIKAMENTE*



Mischkonsum im Fokus: Das Problem ist verbreitet, jetzt braucht es Massnahmen

Der gefährliche Medikamenten-Mischkonsum sowie Medikamentenmissbrauch sind unter Jugendlichen verbreitet, 12 % der 15-Jährigen haben damit schon Erfahrungen gemacht. Resultate von vertieften Untersuchungen zeigen ebenfalls, dass effektive Prävention gestärkt werden muss.

Die Verkaufszahlen von potenziell abhängig machenden Schlaf- und Beruhigungsmitteln sind relativ stabil, aber auf hohem Niveau. Die Pandemie hat aber zu Belastungen geführt, die von einigen auch jüngeren Menschen mit entsprechenden Medikamenten angegangen werden.

Die Steigerung der Verkäufe von starken opioidhaltigen Schmerzmitteln war erheblich, es scheint aber, dass nun ein Plafond erreicht worden ist. Verbreitete Suchtprobleme sind zwar nicht bekannt, aber die Überwachung sollte noch verbessert werden.

Redaktion: Markus Meury (mit Unterstützung durch Alwin Bachmann, Infodrog)

* Zu den psychoaktiven Medikamenten mit Abhängigkeitspotenzial gehören opioidhaltige Schmerz- oder Hustenmittel, Schlaf- und Beruhigungsmittel oder Stimulanzen.

1. Aktuelle Situation

Medikamenten-Mischkonsum von Jugendlichen

Laut Eigenangaben im Rahmen der repräsentativen Schüler:innenbefragung [Health Behaviour in School-aged Children \(HBSC\)](#) haben im Jahr 2022 4,3 % der 15-jährigen Jungen und 4,8 % der gleichaltrigen Mädchen mindestens einmal im Leben Medikamente genommen, um sich zu berauschen, was bei den Jungen eine klare Steigerung im Vergleich zum Jahr 2006 bedeutete. Es kann davon ausgegangen werden, dass es sich auch um Beruhigungsmittel (wie Xanax), opioidhaltige Schmerzmittel oder Hustensirupe mit Codein oder Dextromethorphan handelt. So geben 2,3 % der 15-jährigen Jungen und 4,9 % der gleichaltrigen Mädchen an, bereits Beruhigungsmittel oder starke Schmerzmittel zur Berauschung eingenommen zu haben, und 6 % der Jungen resp. 1,8 % der Mädchen haben schon Purple Drink/Lean konsumiert, also ein Getränk mit den oben genannten Hustensirupen sowie Limonade und oft Alkohol. Erfahrung mit dem Mischkonsum von Medikamenten mit Alkohol haben 5,1 % der Jungen und 8,8 % der Mädchen. Letztere Kategorien fallen für gewisse Jugendliche wahrscheinlich nicht unter den Begriff des sich Berauschens. Insgesamt haben 12 % der 15-Jährigen mindestens eine dieser Kategorien angekreuzt.

12%

der 15-Jährigen haben schon Medikamente missbraucht oder gemischt

Die [Zürcher Jugendbefragung 2021](#) ergab, dass im Jahr vor der Befragung aus nichtmedizinischen Gründen 2,8 % der befragten Schüler:innen der 9. Klassen (15- bis 16-Jährige) und 4,7 % der Schüler:innen der 11. Klasse (17- bis 19-Jährige) Benzodiazepine eingenommen hatten. Bei codeinhaltigen Medikamenten (z.B. Hustensäfte) lagen die Anteile bei 6,4 % (9. Klasse) bzw. 8,5 % (11. Klasse) und bei Opioidschmerzmitteln bei 10,3 % (9. Klasse) bzw. 8,0 % (11. Klasse). Die Studienautor:innen werten die höheren Anteile bzgl. opioidhaltigen Schmerzmitteln bei jüngeren Schüler:innen als Hinweis für eine mögliche zunehmende Verbreitung des nichtmedizinischen Konsums von Opioiden in der jüngeren Generation. Bei der [z-proso-Kohortenstudie](#) ergab sich gar eine Verdoppelung des nichtverschriebenen Konsums von opioidbasierten Schmerzmitteln zwischen 20 und 24 Jahren (2022).

Opioidhaltige Schmerzmittel werden von einer gewissen Anzahl Jugendlichen konsumiert

Weitere Resultate liefern die [Communities That Care-Befragungen](#) 2022 unter ca. 13- bis 15-Jährigen in verschiedenen Städten und Gemeinden der Schweiz: Hier haben 6-7 % der Befragten bereits Beruhigungsmittel oder starke Schmerzmittel eingenommen, um sich zu berauschen, beim Mischkonsum von Medikamenten mit Alkohol sind es 5-6 %.

Interessante Befunde liefern zudem nicht-repräsentative Befragungen von Konsumierenden, die über Drug-Checking-Angebote erreicht werden. Die wesentliche Erkenntnis aus [einer aktuellen Auswertung](#) dieser Befragungen besteht darin, dass der Konsum von psychoaktiven Medikamenten bei minderjährigen Konsumierenden deutlich über dem Schnitt der Gesamtstichprobe liegt.

Viele Jugendliche sind sich der Risiken nicht bewusst

Resultate einer Online-Befragung des Instituts für Sucht- und Gesundheitsforschung (ISGF) und der Universität Zürich zum Mischkonsum (nur zum Teil mit Medikamenten) zeigen, dass 14- bis 20-Jährige oft nicht über die Risiken informiert sind und auch Drug Checking-Angebote für auf dem Schwarzmarkt gekaufte Substanzen nicht in Anspruch nehmen (können). Nach Eigenangaben erfolge der Mischkonsum mehrheitlich im Freundeskreis, weil es Spass mache, bei einigen aber auch zur Gefühlsregulation. Meist stammen die Substanzen von Dealern, aus dem Freundeskreis, aber auch von Ärzten oder Apotheken.

Insgesamt stabiler Konsum von Schlaf- und Beruhigungsmitteln, aber auf hohem Niveau

Schlaf- und Beruhigungsmittel

Gemäss den neusten Daten der Erhebung «Gesundheit und Lifestyle» aus dem Jahr 2022 ist die chronische Einnahme (täglich oder fast täglich in den letzten 30 Tagen) von Schlaf- und Beruhigungsmitteln seit 2018 stabil bei 2,1 % der Bevölkerung geblieben, bei den 70-Jährigen oder älter sind es 5,5 %. Es ist davon auszugehen, dass in vielen Fällen eine Abhängigkeit vorliegt.

Zunahme bei jungen Menschen

In der Behandlungsstatistik act-info ist zwischen 2016 und 2022 im stationären Bereich eine Zunahme der Behandlungsnachfrage wegen Hypnotika und Sedativa vor allem unter jungen Menschen feststellbar. Gleichzeitig ist der Anteil der Gesamtbevölkerung, der wegen einer Sedativa- oder Hypnotika-Störung ins Spital eingewiesen wurde, zwischen 2012 und 2019 gestiegen und seither nur bei über 39-Jährigen stabil geblieben.

Die Zahlen zu potenziell abhängig machenden Medikamenten des Verbands Interpharma zeigen zwischen 2015 und 2022 insgesamt stabile Verkäufe von Schlaf- und Beruhigungsmitteln, wobei ein Rückgang bei den Beruhigungsmitteln (Benzodiazepine wie Xanax) und eine Zunahme bei Schlafmitteln auszumachen ist. Auch der Versorgungsatlas des Obsan zeigt einen Rückgang der Abgabe von Benzodiazepinen im ambulanten Bereich, bei den unter-20-Jährigen allerdings eine Verdoppelung seit 2015 (wenn auch im Vergleich mit den über 70-Jährigen auf relativ tiefem Niveau). Es lässt sich auch feststellen, dass die Einnahme in der Westschweiz und im Tessin höher ist als in der Deutschschweiz.

Hohe Verschreibungsraten in Pflegeheimen und Spitälern

Nach einer Studie zur Verschreibungspraxis haben im Jahr 2018 hochgerechnet 10,5 % der Bevölkerung potenziell suchtgenerierende Benzodiazepine oder diesen ähnliche sogenannte Z-Medikamente erhalten, bei den über 65-Jährigen gar mehr als die Hälfte. In über zwei Drittel aller Fälle werden diese Medikamente von HausärztInnen verschrieben. Bei BewohnerInnen von Pflegeheimen ist die Verschreibung noch höher als bei zu Hause Wohnenden. Ein weiteres Problemfeld scheint sich durch die elektronischen Verschreibungstools zu ergeben: In Tessiner Spitälern wurden nach deren Einführung mehr Benzodiazepine verschrieben, offenbar weil dadurch die Gespräche der Ärzte mit den Patienten und den Pflegenden abgenommen haben.

Opioidanalgetika

Die Daten der [SGB](#) zeigen, dass der Anteil der Bevölkerung ab 15 Jahren, der in den letzten 7 Tagen Schmerzmittel eingenommen hat, zwischen 2002 und 2022 stetig von 14,5 % auf 26,3 % angestiegen ist. Dabei handelt es sich aber wahrscheinlich mehrheitlich nicht um suchtgenerierende Medikamente. Laut der neuesten Befragung [Gesundheit und Lifestyle](#) haben im Jahr 2022 0,9 % der Bevölkerung ab 15 Jahren chronisch starke Schmerzmittel eingenommen (täglich oder fast täglich in den letzten 30 Tagen). Dabei dürfte es sich in vielen Fällen um opioidhaltige und somit suchtgenerierende Medikamente handeln. Gleichzeitig ist der Anteil der Gesamtbevölkerung, der wegen einer Störung auf Grund von opioidhaltigen Schmerzmitteln ins Spital eingewiesen wurde, [zwischen 2012 und 2022](#) stetig leicht angestiegen.

Der Höhepunkt der Verschreibung von starken Opioiden scheint überschritten.

Nach den Statistiken von Swissmedic 2022 scheinen die gelieferten Mengen solcher Produkte an die Ärzteschaft, Apotheken und Spitäler nach einer längeren Steigerungsphase aber stabil bis sinkend. Parallel dazu scheinen die Umsatzzahlen bei den Opioidanalgetika nach den Zahlen des Branchenverbandes Interpharma zwischen 2015 und 2021 abzunehmen, eine Erkenntnis, die auch durch die neusten durch das [Obsan](#) publizierten Zahlen für den ambulanten Bereich gestützt wird.

Anabolika

Anabolika gehören zu der Gruppe der form- und leistungsfördernden Substanzen (image and performance enhancing drugs, IPED), welche verwendet werden, um das Körperbild zu verbessern und die sportlichen Leistungsziele zu erreichen. Deren Verbreitung scheint zugenommen zu haben, das Abhängigkeitspotential dieser Substanzen wird aber häufig unterschätzt, denn ein beträchtlicher Anteil – etwa 30 % – der Personen mit IPED-Konsum entwickeln ein Abhängigkeitssyndrom. Zudem stellt der problematische Konsum von weiteren psychoaktiven Substanzen in dieser Gruppe nicht selten ein Problem dar. [Gemäss Schätzungen](#) konsumieren in der Schweiz rund 200 000 Personen Anabolika – typischerweise jungen Männer, die Freizeit- und nicht Profisport betreiben. In regulären Fitnessstudios wird der Konsum auf bis zu 30 % der Nutzer:innen geschätzt. In der CTC-Jugendbefragung gaben 2-3 % der befragten ca. 13- bis 15-Jährigen an, Anabolika bereits eingenommen zu haben, bei [HBSC](#) sind es weniger als 1 % bei den 14- bis 15-Jährigen.

200 000

Menschen in der Schweiz konsumieren Anabolika schätzungsweise – 30 % der Konsumierenden entwickeln eine Abhängigkeit

2. Politik

Kein Problembewusstsein
im Parlament bezüglich
Medikamente – das BAG,
Kantone und Ärzteschaft
handeln aber bereits

Seit der Auslegeordnung zum problematischen Gebrauch von psychoaktiven Medikamenten des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) und der erstaunlichen Bundesrätlichen Interpretation, dass er in diesem Bereich kaum Probleme sieht, sind auf nationaler Ebene keine parlamentarischen Aktivitäten mehr festzustellen.

Im Bereich des Medikamenten-Mischkonsums von Jugendlichen hat das BAG hingegen verschiedene Massnahmen finanziert: die weiter oben erwähnte Studie des ISGF zum Mischkonsum bei Jugendlichen («Wodka, Benzos und Co.»), die Situations- und Bedarfsanalyse von Infodrog (in welcher auch Empfehlungen für Fachleute und Behörden zur Verbesserung der Präventions- und Suchthilfeangebote erarbeitet wurden) sowie ein Leitfaden von Sucht Schweiz für Eltern von Jugendlichen. Anlässlich einer von Infodrog und dem BAG organisierten nationalen Fachtagung wurden aktuelle Forschungsergebnisse und Praxismodelle vorgestellt und diskutiert, wie die Versorgung der Jugendlichen verbessert werden kann (Tagungsdokumentation). Beim BAG ist der Mischkonsum inzwischen ein wichtiges Thema.

Verschiedene Kantone, in welchen mehrere Todesfälle auf Grund von Mischkonsum mediatisiert worden sind, sind ebenfalls aktiv geworden, unter anderem Basel-Stadt/Baselland, Zürich und Luzern sowie der Kanton Waadt. Ein Überblick über Massnahmen in der Deutschschweiz bietet der Fachverband Sucht.

Auf parlamentarischer Ebene sind im Jahr 2023 trotz den hohen Raten an Benzodiazepin- und Schmerzmittelkonsum keine Aktivitäten festzustellen. Initiativen von Fachstellen oder aus dem medizinischen Bereich zu Opioiden (z.B. FMH oder Inselspital) oder Benzodiazepinen (z.B. Tessin, Westschweiz) müssen in die Bresche springen. Auch beim relativ neuen Thema des Anabolikakonsums sind bisher keine politischen Aktivitäten erkennbar, obwohl ein grosser Bedarf an Präventions- und Behandlungsprogrammen für diese wachsende und teils schwer erreichbare Population besteht.

3. Unsere Forderungen

Der Medikamentenmissbrauch und der Mischkonsum wird durch die Gesetzgeber zu wenig wahrgenommen. Es drängen sich verschiedene Massnahmen auf:

→ **Medikamenten-Mischkonsum: Prävention stärken**

Die leichte Erhältlichkeit vieler der betreffenden Medikamente ist ein Problem. Angesichts des verbreiteten Missbrauchs sollten Kantonsapotheker:innen die Apotheken vermehrt sensibilisieren. Zudem sollten Social Media-Plattformen stärker bezüglich des illegalen Medikamentenhandels auf ihren Kanälen in die Pflicht genommen werden.

Weiter braucht es zur Früherkennung eine verstärkte Schulung von Multiplikator:innen (Lehrpersonen, Jugendarbeitende) zum Thema Medikamentenmissbrauch, sowie eine verstärkte Sensibilisierung aller involvierten Akteure im Gesundheits- und Sozialbereich.

Eine Situations- und Bedarfsanalyse von Infodrog erwähnt Handlungsbedarf für die Prävention (besserer Einbezug von Jugendlichen in die Erarbeitung von Angeboten), die Schadensminderung (einfacherer Zugang für Jugendliche zum Drug Checking), für die Versorgungslage (z.B. Behebung des Mangels an Behandlungskapazitäten spezifisch für Jugendliche) sowie für die interprofessionelle Zusammenarbeit (z.B. Jugendanwaltschaften und Suchthilfe).

→ **Benzodiazepine: Beratung statt Verschreibung**

Eine physische Abhängigkeit kann sich entwickeln, wenn benzodiazepinartige Schlaf- oder Beruhigungsmittel täglich über vier bis acht Wochen eingenommen werden. Für ältere Menschen bergen diese Arzneimittel weitere Risiken: Verwirrtheit, Stürze oder Pseudodemenz zählen zu den Folgen.

Auf Grund des hohen Konsums sind Massnahmen dringend nötig. Aufklärungsarbeit und alternative Lösungen müssen auch strukturell gefördert werden: In der Aus- und Fortbildung der Gesundheitsfachleute müsste der problematische Gebrauch von Arzneimitteln verstärkt behandelt und bestehende Leitlinien für die Praxis besser bekannt gemacht werden. Zudem sollte die Verschreibungspraxis vor allem in Alters- und Pflegeheimen, aber auch in Spitälern und bei Ärzten überprüft werden: Es kann sein, dass in einigen Fällen bei der Beratungs- und Betreuungszeit (das heisst beim Personal) gespart und so die «einfachste» Lösung der Ruhigstellung mit Medikamenten gewählt wird. Dies hat Folgen.

→ **Opioidanalgetika: Mehr Monitoring und Aufklärung**

Die weitere Verbreitung von Opioidanalgetika scheint momentan gestoppt. Aber die Problematik muss weiter engmaschig verfolgt werden.

Die Verbreitung von Leitlinien und Suchtpräventionstools wie diejenigen der FMH muss gefördert werden. Im Rahmen der ambulanten Nachsorge nach Spitalaustritten müsste z.B. die Schmerzmittel-Dosierung engmaschig überwacht und die Opioidverschreibung schneller durch Alternativtherapien ersetzt werden.

Um ein «Ärztchopping» in verschiedene Kantone oder Notfallstellen zu vermeiden, bräuchte es eine verbesserte Koordination zwischen den Kantonen und entsprechende Kontrollsysteme wie ein nationales Verschreibungs- und Abgaberegister, wie die Auslegeordnung des BAG anregt.

GLÜCKS- UND GELDSPIEL



Enorme Gewinne auf Kosten einer kleinen Gruppe

Glücks- und Geldspiele werden häufig von jüngeren Menschen gespielt, mehrheitlich von Männern. Sie bergen besondere Risiken und manche verlieren die Kontrolle über ihr Spiel sowie die Geldausgaben. Die durchschnittliche Verschuldung von Personen mit problematischem Glücks- und Geldspielverhalten, die eine Schuldenberatungsstelle aufsuchen, beträgt rund 88 000 Franken. Die Geldverluste sind schweizweit auf über zwei Milliarden Franken im Jahr 2022 angestiegen.

Der Anteil der online Spielenden mit problematischem Glücks- und Geldspielverhalten scheint sich innert drei Jahren verdoppelt zu haben. Und fast eine halbe Million Menschen in der Schweiz hatten im Laufe ihres Lebens Probleme mit dem Glücks- und Geldspiel. Betroffene sollten rascher erkannt und unterstützt werden. Bei der Prävention braucht es mehr innovative und evidenzbasierte Massnahmen.

Redaktion: Monique Portner-Helfer, Dörte Petit, Luca Notari

1. Aktuelle Situation

7,7%

der 15- bis 24-Jährigen hatten schon Probleme mit dem Glücks- und Geldspiel

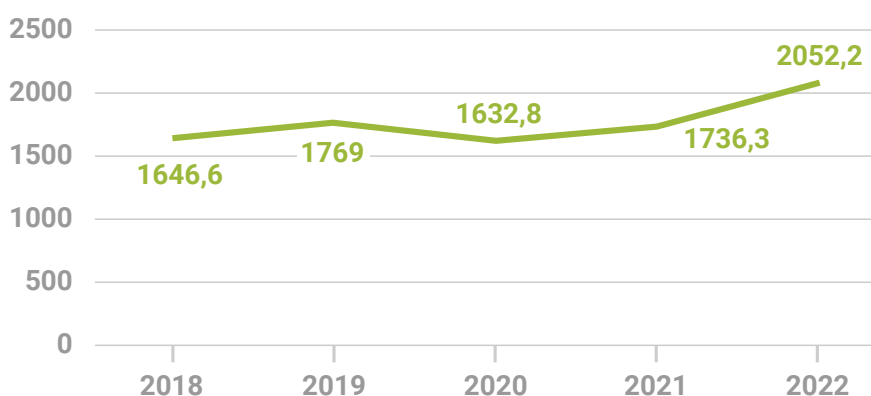
Laut der Schweizerischen Gesundheitsbefragung (SGB)¹ von 2022 hat bereits die Hälfte der 15- bis 24-Jährigen in ihrem Leben schon um Geld gespielt. Bei der übrigen erwachsenen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sind es etwa zwei Drittel. Gleichzeitig ist der Anteil der Personen mit problematischem Glücks- und Geldspielverhalten² im Laufe des Lebens in dieser jüngsten Altersgruppe mit 7,7 % ähnlich hoch wie in der übrigen Bevölkerung. Um mehr über die aktuelle Problemlast zu erfahren, sind die noch ausstehenden Resultate zum problematischem Glücks- und Geldspielverhalten von Interesse.

Geldverluste der Spielenden nehmen zu

Um sich die Geldverluste (sog. Bruttospielertrag) der Spieler und Spielerinnen vor Augen zu führen, lohnt sich ein Blick zurück, in die Zeit vor Inkrafttreten des neuen Geldspielgesetzes im Jahr 2019. Die Geldverluste sind nach einem leichten Einbruch im Pandemiejahr 2020 auf über zwei Milliarden Franken (2052,2 Mio. Fr.) im Jahr 2022 angestiegen (siehe Grafik). Das Wachstum bei den Lotteriegesellschaften (Loterie Romande und Swisslos) seit 2019 beläuft sich auf 17 %, bei den Spielbanken (Casinos terrestrisch und online) auf 15 %. Allein bei den Online-Casinos ist ein Anstieg um mehr als das Zehnfache zu beobachten.

Die Verluste der Spielenden werden auch für gemeinnützige Zwecke (Kultur und Sport etc.) sowie für die AHV/IV verwendet. Diese Konstellation bietet Potenzial für Interessenkonflikte. Die Staatsorgane müssten zum einen Spielende vor problematischem Glücks- und Geldspiel schützen. Zum anderen kommt das meiste Geld für gemeinnützige Aufgaben von problematisch Spielenden. Diese Konstellation schwächt die Rolle des Regulators beim Spielenden-Schutz.

Geldverluste der Spielenden in Mio. Fr.

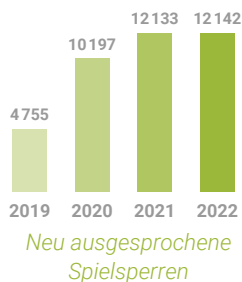


¹ Die SGB wird alle fünf Jahre durchgeführt.

² Dies entspricht den beiden Kategorien der Studie: «pathologisch» und «risikoreich».

88 455 Fr.

durchschnittliche
Schuldenhöhe pro
betroffenen Haushalt



Verdoppelung des Anteils
der online Spielenden
mit problematischem
Geldspielverhalten

Hohe Spielschulden belasten die Haushalte

Gemäss [Schuldenberatung](#) Schweiz leiden 7,4 % der über 5000 im Jahr 2022 beratenen Haushalte unter Problemen mit Glücks- und Geldspielen. Die durchschnittliche Schuldenhöhe beläuft sich bei den hier betroffenen Haushalten auf 88 455 Franken. Nur «gescheiterte» selbständig Erwerbende haben aus beruflichen Gründen eine noch höhere Schuldenlast. Nebst den Schulden bzw. finanziellen Problemen gibt es auch eine Vielzahl weiterer Probleme (Familie, Beruf, Freundeskreis etc.).

Schweizweite Spielsperren

Im Jahr 2022 stieg die Zahl der Spielsperren um insgesamt 12 142. Die allermeisten [Spielsperren](#) wurden von den Spielbanken ausgesprochen. Eine Spielsperre gilt schweizweit und erstreckt sich auf terrestrische und Online-Spielbankenspiele sowie auf Online-Grossspiele. Zwischen 2019 und 2022 wurden umgerechnet 0,5 % der Bevölkerung ab 18 Jahren bei Glücks- und Geldspielen gesperrt.

Online: Mehr Menschen spielen problematisch um Geld

Sucht Schweiz und GREA veröffentlichten im Jahr 2023 die zweite Umfrage der [eGames-Studie](#) zum Online-Geldspielverhalten in der Schweizer Bevölkerung. Die Ergebnisse zeigen, dass sich der Anteil der befragten Spieler und Spielerinnen mit sehr problematischem Glücks- und Geldspielverhalten³ von 2,3 Prozent (2018) auf 5,2 Prozent (2021) verdoppelt hat. Die Kantone einten daher ihre Kräfte und lancierten eine Sensibilisierungskampagne unter [gambling-check.ch](#) mit dem Ziel, betroffene Personen auf die bestehenden Hilfsstrukturen aufmerksam zu machen.

Behandlungsnachfrage beim Geldspiel

Das Monitoringsystem [act-info](#) zeigt auf, dass im Jahr 2022 in der Schweiz 2,6 % der Behandlungseintritte in die teilnehmenden Suchthilfeeinrichtungen das Glücks- und Geldspiel als Hauptproblem betrafen. Das Durchschnittsalter der erfassten Personen – es sind deutlich mehr Männer als Frauen – lag bei gut 38 Jahren.

Bei 6,9 % der Beratungen über die Online-Plattform SafeZone waren im Jahr 2023 Glücks- oder Geldspiele ein Thema (inkl. Lotterien und Sportwetten).

³ Dies entspricht der extremeren Kategorie, die von den Autoren als «problematischer Gebrauch» bezeichnet wird.

2. Politik

Mit Spannung erwartete Gesetzesevaluation

Das Bundesamt für Justiz (BJ) hat eine Begleitgruppe zur Evaluation des im Jahr 2019 in Kraft getretenen Geldspielgesetzes unter Einbezug der Kantone und Behörden ins Leben gerufen. Die Interessen der Prävention werden durch die Groupement Romand d'Etudes des Addictions (GREA) sowie weitere Fachpersonen in dieser Begleitgruppe vertreten, welche wiederum von einer Gruppe unterstützt wird, in der Sucht Schweiz vertreten ist. Die Begleitgruppe legt mit dem BJ die Themen der Evaluation fest, mit der dann eine externe Organisation beauftragt wird. Sucht Schweiz erhofft sich eine Teilrevision des Gesetzes, um den Spielenden-Schutz zu verbessern und die Prävention zu stärken. Es ist daher wichtig, bei dieser Evaluation den Fokus auf jene Aspekte zu lenken, die derzeit beim Spielenden-Schutz problematisch und unzureichend sind.

Vergabe von Spielbankenkonzessionen

Der **Bundesrat** hat im vergangenen November für die Periode 2025 bis 2044 die Lizenzen für den Glücks- und Geldspielbetrieb erteilt. An 22 Standorten in der Schweiz kann künftig in Casinos gespielt werden. Zwölf Spielbanken – so viele wie noch nie – können Onlinespiele anbieten. In Lausanne und Winterthur kommen ab 2025 zwei neue Spielbanken hinzu. Dagegen wird es in Schaffhausen künftig kein Casino mehr geben.

Die Stadt Lausanne hatte im letzten Frühjahr mitgeteilt, dass sie kein Casino auf ihrem Territorium wolle. Ein Gesuchsteller zog daraufhin sein Gesuch zurück. Zum Zug kam in dieser Zone schliesslich ein Casino-Projekt in der Lausanner Nachbargemeinde Prilly.

Casino-Landschaft
in Bewegung: mehr
Online-Angebote

3. Unsere Forderungen

Geldspiele sind nicht einfach «normale» oder unbedenkliche Konsumgüter. Es braucht deshalb mehrere Massnahmen, um Spielende besser zu schützen.

→ Mehr Engagement für die Prävention

Die Prävention und Behandlung der Geldspielsucht schlagen bei den Kantonen zu Buche. Sie erhalten dafür 0,5 % vom Bruttospielertrag der Lotterien. (Casinos leisten hierzu keinen finanziellen Beitrag). Die dafür vorgesehenen Mittel wurden bisher nicht in allen Kantonen ausgeschöpft. Es braucht daher mehr innovative und evidenzbasierte Massnahmen gerade auch für die strukturelle Prävention sowie die Bereitschaft, diese zu finanzieren und umzusetzen.

→ Bei einer Spielsperre nicht im Ausland weiterspielen

Gespernte Personen können heute im Ausland terrestrisch weiterspielen. Es muss darauf hingewirkt werden, dass weitere Abkommen wie solche mit Liechtenstein folgen.

→ Player-Tracking gegen das problematische Spiel

Die Betreiber oder Aufsichtsbehörden müssten in der Lage sein, Spielende zu erkennen, die auf mehreren Plattformen spielen, online und offline, sei es in Casinos, bei Lotterien oder Wetten. Derzeit ist dies nicht der Fall, was dazu führt, dass Spielende, die über ihre finanziellen Möglichkeiten hinausgehen, oder andere Anzeichen von problematischem Spielverhalten haben, unentdeckt bleiben. Ausgaben-Limiten oder landesweit geltende personalisierte Spielerkarten sollten hierzu eingesetzt werden.

→ Einschränkung der Werbung

Es braucht die Debatte darüber, wie die Werbung für Geldspiele, inklusive Sponsoring, im Sinne des Spielenden-Schutzes besser reguliert werden könnte. Länder wie Italien, Spanien, Belgien, die Niederlande und Deutschland schränkten die Werbung im Laufe der letzten Jahre ein. Zur Diskussion stehen das Verbot von personalisierter und Lifestyle-Werbung, von solcher, die Jugendliche erreicht, das Verbot von Promotionsangeboten oder ein Verbot von Werbung für Sportwetten vor und während Live-Übertragungen von Sportereignissen.

→ Monitoring, sonst droht ein «Blindflug»

Es fehlt an repräsentativen Daten zum Geldspielverhalten und den sozioökonomischen Auswirkungen in der Schweiz. Ein Monitoring sollte so schnell wie möglich implementiert werden, wofür insbesondere Daten der Aufsichtsbehörden und Anbietenden zur Verfügung gestellt werden müssten.

ONLINE-AKTIVITÄTEN



Wenn manipulative Spielelemente uns die Kontrolle verlieren lassen

Nebst den positiven Seiten bergen Videospiele und soziale Netzwerke auch Risiken. Optisch sind sie kaum noch voneinander zu unterscheiden und sie ähneln Glücks- und Geldspielen, von denen sie einige Mechanismen übernehmen.

Dies ist kein Zufall. Diese Mechanismen verleiten dazu, viel Zeit online zu verbringen und Geld auszugeben, mit dem Risiko, die Kontrolle zu verlieren. Neue Daten weisen darauf hin, dass etwa 3 % der 15-Jährigen, die Videospiele nutzen, dies auf problematische Weise tun. Bei Social Media sind es gut 7 % der 15-Jährigen.

Die Bevölkerung und namentlich Minderjährige müssen unverzüglich und wirksam vor Mechanismen geschützt werden, die darauf abzielen sie zu beeinflussen.

Redaktion: Monique Portner-Helfer; Marina Delgrande Jordan

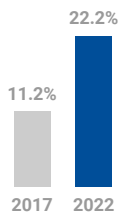
1. Aktuelle Situation

~ 3%

der 15-jährigen Gamenden nutzen Videospiele auf problematische Weise

Erstmals gibt es Daten zum problematischen Gaming bei Jugendlichen. Gemäss der jüngsten nationalen Schülerinnen- und Schülerstudie [HBSC 2022](#) spielen etwa ein Sechstel der 15-jährigen Jugendlichen täglich online Videospiele. Die meisten haben damit keine Probleme. Unter allen, die solche Games spielen, haben etwa 3 % eine problematische Nutzung. Dies betrifft z.B. den vergeblichen Versuch, weniger Zeit mit Videospiele zu verbringen, zu spielen, um eine negative Stimmung abzubauen oder wenn wegen des Gamens gelogen wird.

Mehr als 80 % der 15-Jährigen nutzen die sozialen Netzwerke täglich, etwa 7 % der 15-Jährigen weisen eine problematische Nutzung auf. Letztere ist seit 2018 angestiegen, vor allem bei den Mädchen, was auch mit der im Erhebungsjahr 2022 noch präsenten Pandemiesituation zu tun haben könnte. So ist zu beobachten, dass etwa die Hälfte der 15-Jährigen die sozialen Netzwerke oft genutzt haben, um vor negativen Gefühlen zu flüchten (2018 waren es etwa ein Drittel). Problematisch kann auch sein, wenn man eigentlich weniger Zeit in sozialen Netzwerken verbringen möchte oder deswegen Menschen im Umfeld angelogen hat.



Problematische Internetnutzung bei den 15- bis 24-Jährigen

Laut der [Schweizerischen Gesundheitsbefragung](#) von 2022 weisen 6,8 % der Bevölkerung ab 15 Jahren eine problematische Internetnutzung auf – Männer und Frauen mit ähnlichen Werten (die Umfrage gibt jedoch keine Auskunft über die spezifische Online-Aktivität, die ein Problem darstellt). Im Jahr 2017 waren es 3,8 %. Mit 22,2 % im Jahr 2022 sind die 15- bis 24-Jährigen am stärksten betroffen. Junge Menschen nutzen das Internet generell auch am häufigsten.

In Fachkreisen besteht ein Konsens darüber, dass nicht das Internet an sich, sondern spezifische Online-Aktivitäten problematisch werden können. Eine problematische Nutzung kann in eine Sucht münden. Eine solche bedarf indes einer klinischen Diagnose. Die Internationale Klassifikation der Krankheiten (ICD-11) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) erwähnt seit 2019 explizit die Videospieldnutzungsstörung (sowie die Glücks- und Geldspielnutzungsstörung, vgl. separates Modul). Laut ICD-11 kennzeichnet sich eine Sucht durch einen Kontrollverlust über das Spielen, einen zunehmenden Vorrang des Spielens vor anderen Interessen und täglichen Verpflichtungen und die zunehmende Ausübung des Spielens trotz schädlicher Folgen.

Daten zur Prävalenz der Videospieldnutzungsstörung in der Schweiz liegen keine vor. Eine [Metaanalyse](#) von 2021 mit mehr als 50 verschiedenen Studien in 17 Ländern schätzte die Prävalenz für die Gesamtbevölkerung auf 3 %. Die Häufigkeit war bei Männern etwa 2,5 Mal höher als bei Frauen.

Mechanismen, die auf unser Belohnungssystem wirken

Viele Videospiele und manche Social Media-Kanäle enthalten Mechanismen, die dazu animieren, darin so viel Zeit wie möglich zu verbringen und/oder möglichst häufig



der 12- bis 19-jährigen Gamenden kaufen mind. einmal pro Monat Spielinhalte.

Geld auszugeben. Ein verbreitetes Geschäftsmodell sind sog. *freemium games*, wo das Basisspiel kostenlos ist, aber rasch kostenpflichtige Inhalte angeboten werden, um z. B. im Spiel bessere Erfolgchancen zu haben. Mikrotransaktionen werden von der Videospieldindustrie mittlerweile häufig eingesetzt und sie scheinen sehr profitabel zu sein. Dazu gehören Lootboxen (digitale Schatzkisten) mit zufälligen Inhalten, die schon Jugendliche durch Mikrotransaktionen, also integrierte Käufe mit oft geringen Geldbeträgen, erwerben können. Gemäss James-Studie 2022 gaben 26 % der jungen Gamenden (12- bis 19-jährig) an, mindestens einmal monatlich Geld für solche Inhalte auszugeben.

Lootboxen verstärken wahrscheinlich das durch Videospiele angeregte Belohnungsgefühl, und zwar sowohl durch ihren Zufallscharakter als auch durch den Fortschritt, den sie im Spiel ermöglichen und weil die zu gewinnenden Gegenstände selten sind. In diesem Fall spricht man von einer intermittierenden Verstärkung, die aufgrund ihrer Unvorhersehbarkeit ein wiederholtes Verhalten fördert und somit zum Prozess der Suchtentwicklung beiträgt. Die zufälligen Gewinne solcher Lootboxen haben Geldspielcharakter und sie haben das Potenzial, zur Normalisierung von Geldspielen beizutragen. Dass die möglichen Gewinne nicht bekannt sind, nährt den Verdacht, dass User und Userinnen manipuliert werden. Je nach Spielverhalten gewinnen sie etwas anderes – oder eben nichts.

Finanzielle Sorgen zählen zu den negativen Folgen

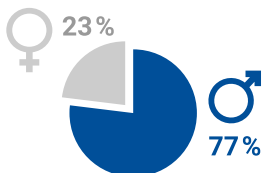
Die Stiftung Sucht Schweiz und das Groupement Romand d'Etudes des Addictions (GREA) veröffentlichten im Jahr 2023 die zweite Umfrage der eGames-Studie, die für Gratis-Videospiele mit integrierten Käufen Resultate liefert. Die Auswertung erbrachte für die Stichprobe einen Anteil von etwa 1 % der (erwachsenen) Spielenden (von Free-to-Play-Videospielen), die ein problematisches Spielverhalten aufweisen. Diese Zahl erscheint relativ tief, aber die damit einhergehenden Probleme wie Verschuldung oder sozioprofessionelle Brüche können gravierend sein. Zudem sagten etwa 19 % der Free-to-Play-Videospielenden, die Lootboxen kaufen, oft oder manchmal mehr Geld auszugeben als sie es eigentlich vermögen. Und etwa 8 % haben wegen Videospielen oft oder manchmal finanzielle Probleme. Das sind fast vier Mal resp. zweieinhalbmal so viele wie bei Spielenden, die keine Lootboxen kaufen.

8%

der Free-to-Play-Videospielenden, die Lootboxen gekauft haben, haben wegen der Videospiele finanzielle Schwierigkeiten

Behandlungsnachfrage

Das Monitoringsystem act-info zeigt auf, dass im Jahr 2022 in der Schweiz 2 % der Behandlungseintritte in die teilnehmenden Suchthilfeeinrichtungen die problematische Internetnutzung als Hauptproblem betrafen (aufgrund welcher Internetaktivität ist dabei nicht bekannt). Mehrheitlich (77 %) handelt es sich um Männer und das Durchschnittsalter liegt bei ca. 25 Jahren.



Behandlungseintritte wegen problematischer Internetnutzung

Bei 4,1 % der Beratungen über die Online-Plattform SafeZone waren im Jahr 2023 Online-Anwendungen wie Gaming oder Social Media ein Thema.

2. Politik

Bisher keine Regulierung
der Mikrotransaktionen

Ungereimtheiten bei der Gesetzgebung

Das Parlament hat am 30. September 2022 das Bundesgesetz über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVG) verabschiedet. Damit sollen Minderjährige vor Medieninhalten (Gewalt, Sexualität etc.) in Filmen und Videospiegengeschützt werden. Das Suchtrisiko im Zusammenhang mit Videospiele ist hier kein Thema und eine gesetzliche Grundlage für Mikrotransaktionen fehlt, obwohl eine gezielte Regelung den Schutz gefährdeter Personen ermöglichen würde. So sind Lootboxen, die Merkmale von Glücks- und Geldspielen aufweisen, ohne Einschränkung zulässig. Gleichzeitig untersagt die nationale Gesetzgebung Lotteriespiele für unter 16-Jährige und setzt die Altersgrenze für Online-Geldspiele und Casinospiele auf 18 Jahre fest.

In der Stellungnahme zur Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele fordern die Fachverbände Sucht und GREA die Regulierung der Mikrotransaktionen. Auch Sucht Schweiz hat sich dafür ausgesprochen.

Der Bundesrat wird indes beauftragt (Postulat 23.3004), in einem Bericht darzulegen, welche verschiedenen Arten der Mikrotransaktionen besondere Gefahren für ein Suchtverhalten bergen. Zudem soll aufgezeigt werden, mit welchen Mitteln der Bund diesen Gefahren gegebenenfalls entgegenwirken kann.

Bund sieht keinen weiteren Handlungsbedarf

Für den Bund drängen sich
keine weiteren Massnahmen
bei Verhaltenssuchten auf

Der Bundesrat hat seinen Bericht zu den Online suchartigen Störungen veröffentlicht, der grösstenteils auf einer Expertise von Sucht Schweiz beruht. Gemäss Bundesrat ist es nicht notwendig, die in der Nationalen Strategie Sucht vorgesehenen Massnahmen um solche zur Bekämpfung der verschiedenen Formen von online suchartigen Störungen zu ergänzen. Einzig bei der Früherkennung und Frühintervention (F+F) ist das Suchtrisiko in Zusammenhang mit Internetanwendungen explizit erwähnt. Sucht Schweiz bedauert diese Schlussfolgerung und hätte sich die Diskussion darüber erhofft, wie die Bevölkerung und namentlich Minderjährige vor aufdringlichen und manipulativen Mechanismen geschützt werden könnte.

3. Unsere Forderungen

Online-Aktivitäten sind aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken und die meisten Menschen entwickeln damit keine Probleme. Nebst all den Vorteilen und Chancen, welche digitale Inhalte mit sich bringen, gibt es auch ein Gefährdungspotenzial. So verlieren manche die Kontrolle über ihre Online-Aktivitäten. Sucht Schweiz sieht in folgenden Bereichen Handlungsbedarf:

→ Regulierungsmassnahmen sind nötig

Die Politik muss namentlich die Jugend besser schützen, indem sie Mikrotransaktionen, insbesondere Lootboxen, in Videospiele streng reguliert.

Folgende Massnahmen sind nötig:

- eine monatliche Ausgaben-Limite nach einer Altersskala wie sie in Deutschland diskutiert wird (MIRPPU: Maximum Individual Revenue Per Paying User per month)
- Einführung von Zugangskontrollen in Videospiele, die wirksam sicherstellen, dass nur Personen, die das erforderliche Mindestalter erreicht haben, Mikrotransaktionen durchführen können.
- eine standardmässig aktivierte Kindersicherung

→ Mehr Investitionen für die Medienkompetenz

Die Medienkompetenz ist sowohl bei Kindern und Jugendlichen als auch bei Erwachsenen zu fördern. Um die Mediennutzung der Kinder besser begleiten zu können, brauchen Bezugspersonen mehr Kenntnisse über das digitale Angebot. Dazu zählt u.a. das Wissen über die von Herstellern von Spielen und sozialen Netzwerken entwickelten Mechanismen, welche dazu verleiten, mehr Zeit online zu verbringen und Geld auszugeben. Wesentlich ist auch, dass Eltern verstehen und berücksichtigen, welche Funktion Videospiele oder soziale Netzwerke für Kinder und Jugendliche erfüllen (z.B. Gefühl der Zugehörigkeit, Aufbau der Identität).

→ Weiterentwicklung von Früherkennung und Frühintervention

Der methodische Ansatz von Früherkennung und Frühintervention (F+F) muss im Bereich der Online-Anwendungen weiter implementiert werden. F+F hat zum Ziel, erste Anzeichen von Problemen möglichst früh wahrzunehmen. Probleme äussern sich oft «im Stillen», sie sind schwierig zu deuten und erfordern dazu spezifisches Wissen, das idealerweise die Settings wie Schule, Gemeinde etc. berücksichtigt. Dann gilt es, den Handlungsbedarf zu klären, damit geeignete Massnahmen ergriffen und die Betroffenen unterstützt werden können.

Die Expertinnen und Experten, die diese Ausgabe verfasst haben



Marina Delgrande Jordan
Co-Leiterin Forschungsabteilung
Online-Aktivitäten



Gerhard Gmel
Projektleiter Senior
Alkohol



Florian Labhart
Projektleiter Senior
Illegale Drogen



Marie-Noëlle McGarrity
Projektleiterin
Illegale Drogen



Markus Meury
Mediensprecher
Tabak, Medikamente



Luca Notari
Projektleiter Senior
Glücks- und Geldspiel



Dörte Petit
Projektleiterin Senior
Glücks- und Geldspiel



Monique Portner-Helfer
Mediensprecherin
Alkohol, Online-Aktivitäten,
Glücks- und Geldspiel



Grégoire Vittoz
Direktor
Tabak



Frank Zobel
Vizedirektor und Co-Leiter
Forschungsabteilung
Illegale Drogen

Impressum

Download

www.suchtschweiz.ch/panorama

Herausgeberin

Sucht Schweiz

Copyright

© 2024 Sucht Schweiz, Lausanne

Alle Inhalte können mit Quellenangabe von Sucht Schweiz weiterverwendet werden.
